

Boysen-Hogrefe, Jens; Groll, Dominik; Jannsen, Nils; Kooths, Stefan; Scheide, Joachim

Working Paper

Deutsche Konjunktur im Herbst 2014

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 545/546

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boysen-Hogrefe, Jens; Groll, Dominik; Jannsen, Nils; Kooths, Stefan; Scheide, Joachim (2014) : Deutsche Konjunktur im Herbst 2014, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 545/546, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/103777>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kieler **Diskussionsbeiträge**



Deutsche Konjunktur im Herbst 2014

Nr. 545/546 | Oktober 2014

Institut für Weltwirtschaft Kiel

Web: www.ifw-kiel.de

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

Herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft
24100 Kiel

Tel: +49/431/8814-1; Website: <http://www.ifw-kiel.de>

Schriftleitung:

Prof. Dr. Harmen Lehment

Tel: +49/431/8814-232; E-Mail: harmen.lehment@ifw-kiel.de

ISSN 0455-0420

© Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 2014.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, das Werk oder Teile daraus in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder einem anderen Verfahren) zu vervielfältigen oder unter Verwendung elektronischer Systeme zu verarbeiten oder zu verbreiten.

Inhalt

Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen	3
---	---

*Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths
und Joachim Scheide*

Kasten 1: Die Schwäche des Welthandels und Implikationen für die deutschen Exporte	14
Kasten 2: Zu den Veränderungen im Staatssektor durch die Generalrevision 2014	28

Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen

Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths und Joachim Scheide

Zusammenfassung:

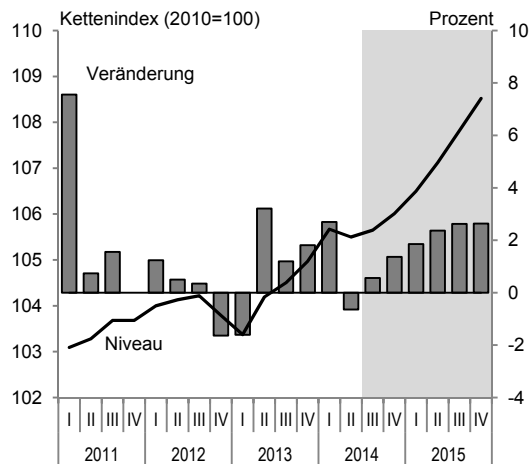
Die konjunkturelle Expansion in Deutschland hat sich im Sommerhalbjahr 2014 wider Erwarten nicht fortgesetzt. Auch als Folge der Zuspitzung des Konflikts in der Ukraine schwächten sich die Exporterwartungen ab, und inländische Unternehmen hielten sich mit Investitionen zurück. Trotz des aktuell bestehenden Gegenwinds für die Konjunktur bleibt es bei dem mittelfristigen Szenario eines sehr kräftigen Aufschwungs, der maßgeblich getrieben wird durch die extrem niedrigen Zinsen. Nach einer annähernden Stagnation im dritten Quartal dieses Jahres dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Schlussquartal wieder anziehen. Somit nimmt die Produktion in diesem Jahr insgesamt um 1,4 Prozent zu. Im kommenden Jahr wird der Aufschwung weiter an Fahrt gewinnen, vorausgesetzt, die politischen Spannungen lassen nach und es gibt keine neuen Hiobsbotschaften von der Krise im Euroraum. Dann dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 1,9 Prozent zulegen, wobei die größten Impulse von der Binnenkonjunktur kommen werden. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, der sich bislang von der Flaute unbeeindruckt gezeigt hat, wird sich trotz Mindestlohn weiter verbessern.

Seit dem Frühjahr dieses Jahres hat sich die Konjunktur in Deutschland deutlich abgeschwächt. Hatte bis dahin noch der Optimismus überwogen, wurden die Aussichten danach durch negative Nachrichten aus dem Ausland beeinträchtigt. Anders als bei unserer Prognose vom Juni unterstellt, schwelt der Konflikt in der Ukraine nicht nur weiter, er droht sich sogar erheblich zu verschärfen. Viele Unternehmen sehen dadurch ihre Chancen für die Exporte in die unmittelbar betroffenen Länder verringert; hinzu kommt, dass man offenbar befürchtet, dass auch die Ausfuhren in andere Staaten Mittel- und Osteuropas gedämpft werden könnten. Daneben verläuft die Konjunktur im übrigen Euroraum schwächer als erwartet; insbesondere in Frankreich und in Italien – der zweit- und der drittgrößten Volkswirtschaft des Währungsgebietes – sind die Stagnationstendenzen immer noch nicht überwunden. All dies hat dazu geführt, dass sich die Stimmung in der Wirtschaft erheblich verschlechtert hat. Auch Auftragseingänge, Produktion und Umsätze neigten zeitweise zur Schwäche. Damit ist der Aufschwung, der vor allem durch die extrem niedrigen Zinsen angelegt ist und der bis zum Frühjahr Fahrt aufgenommen hatte, erneut unterbrochen. Wie schon in den Vorjahren kamen dabei die Schocks vor allem aus dem Ausland.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist nach einem guten Start in das Jahr im zweiten Quartal gesunken, und zwar mit einer laufenden Jahresrate von 0,6 Prozent (Abbildung 1). Dabei stiegen die Exporte deutlich langsamer als die Importe, so dass vom Außenhandel rein rechnerisch ein negativer Beitrag zur Produktionsveränderung zu verzeichnen war. Die inländische Verwendung nahm hingegen moderat zu, mit sehr unterschiedlichen Tendenzen bei den einzelnen Aggregaten. Die erhöhte Unsicherheit hat offenbar vor allem die Investitionsneigung der Unternehmen gebremst; so sanken die Ausstattungsinvestitionen geringfügig. Die Bauinvestitionen gingen sogar deutlich zurück, vor allem als Reflex auf die witterungsbedingt sehr günstige Entwicklung im ersten Quartal dieses Jahres. Die privaten Konsumausgaben blieben robust und legten nach dem kräftigen Anstieg zuvor nochmals leicht zu. Nicht zuletzt begüns-

tigt durch einen recht stabilen Arbeitsmarkt erhöhten sich die verfügbaren Einkommen deutlich.

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt 2011–2015



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

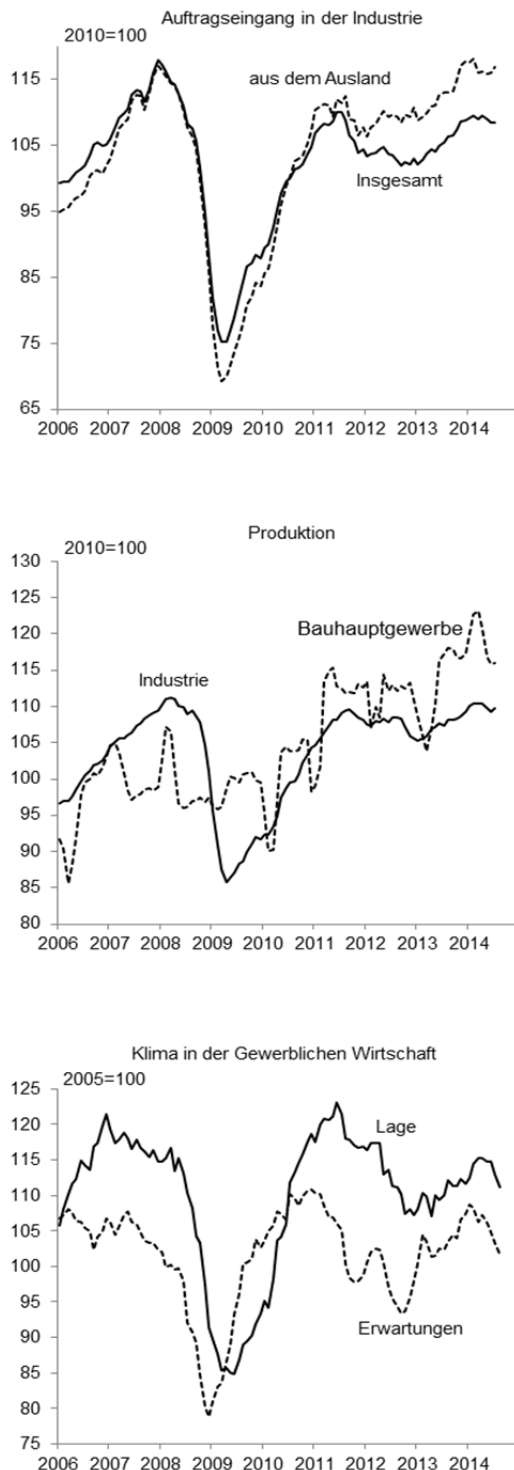
Am Arbeitsmarkt hat sich die Situation weiter verbessert, der Beschäftigungsaufbau hat sich bis zuletzt kaum vermindert. So war die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im zweiten Quartal um knapp 2 Prozent höher als im Vorquartal (laufende Jahresrate). Die Arbeitslosigkeit ging in den jüngsten Monaten allerdings nicht weiter zurück. Im August dieses Jahres lag die Zahl der Arbeitslosen (in der Definition der Bundesagentur für Arbeit) saisonbereinigt bei 2,9 Mill. Personen. Die Arbeitslosenquote beträgt seit einem halben Jahr 6,7 Prozent.

Der Preisauftrieb blieb in den vergangenen Monaten sehr moderat. Zwar verteuerten sich erstmals in diesem Jahr Nahrungsmittel, gleichzeitig blieben aber die Energiepreise annähernd stabil. Im August betrug die Inflationsrate 0,8 Prozent. Sie lag damit weiterhin deutlich über der durchschnittlichen Rate für den übrigen Euroraum, was vor allem der relativ guten Konjunktur in Deutschland geschuldet ist.

Im dritten Quartal dieses Jahres dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion nur geringfügig steigen. Zwar befinden sich die Stimmungsindikatoren nach wie vor auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau, sie haben sich jedoch in den vergangenen Monaten deutlich verschlechtert. Ferner deuten die Daten für Auftragseingänge und Produktion auf eine nur mäßige Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität hin (Abbildung 2). Zwar verbesserten sich diese Indikatoren im Juli; dabei spielten aber Sonderfaktoren (Großaufträge, Lage der Sommerferien) eine Rolle, so dass man nicht von einer Trendwende sprechen kann. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im dritten Quartal um lediglich 0,6 Prozent (laufende Jahresrate) zunehmen. Gegen Ende des Jahres dürfte die Konjunktur wieder an Schwung gewinnen. Im Jahresergebnis wird die gesamtwirtschaftliche Produktion wohl um 1,4 Prozent höher sein als ein Jahr zuvor. Diese Rate ist deutlich niedriger, als wir bei unserer Prognose im Juni dieses Jahres erwarteten (2,0 Prozent). Nur zu einem geringen Teil ist diese Änderung auf die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückzuführen. Maßgeblich ist vielmehr der überraschend schwache Verlauf im Sommerhalbjahr.

Dies wirkt sich auch spürbar auf die Zuwachsrates für das kommende Jahr aus. Zwar dürfte sich die konjunkturelle Expansion merklich beschleunigen, und auch die Kapazitätsauslastung in der Gesamtwirtschaft wird dann wieder zunehmen. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahresdurchschnitt allerdings nur um 1,9 Prozent über dem Niveau im Jahr 2014 liegen. Eine Annahme für die Prognose ist, dass die Krise im Euroraum nicht erneut eskaliert.

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2006–2014



Monatsdaten, saisonbereinigt; Auftragseingang und Produktion als gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

Finanzierungsumfeld in Deutschland bleibt günstig

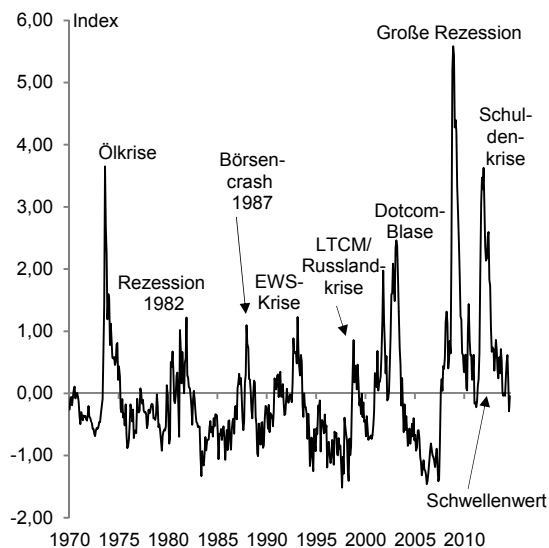
Die Finanzierungsbedingungen sind für den Privatsektor nach wie vor ausgesprochen günstig. So liegen die Zinsen für Unternehmenskredite und die Renditen für Unternehmensanleihen weiterhin auf historisch niedrigen Niveaus. Auch für private Haushalte sind die Kreditfinanzierungskosten äußerst gering. Dies gilt insbesondere für Wohnungsbaukredite, für die das Zinsniveau im Verlauf der vergangenen Monate weiter gefallen ist. Der Konflikt in der Ukraine hatte zwischenzeitlich zu kleineren Turbulenzen an den Finanzmärkten geführt; in den vergangenen beiden Monaten hat sich die Lage jedoch wieder beruhigt. Der IfW-Finanzmarktstressindikator fiel im Juli und August unter den Schwellenwert, ab dem dämpfende realwirtschaftliche Folgen zu erwarten sind (Abbildung 3).¹ Zum einen dürfte der Rückgang des Stresses an den Finanzmärkten auf die Ankündigung der Europäischen Zentralbank (EZB) zurückzuführen sein, zusätzliche unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen durchzuführen. Zum anderen dürfte auch der Rückgang des Finanzmarktstresses in wichtigen Handelspartnerländern innerhalb des Euroraums zur ruhigeren Lage beigetragen haben.² So sind sowohl die Renditen für Bankschuldverschreibungen als auch die Risikoaufschläge für Staatsanleihen in den Krisenländern gegenüber Bundesanleihen in den vergangenen Wochen weiter zurückgegangen. Darauf deutet auch der tendenzielle Rückgang der Target2-Positionen der nationalen Zentralbanken hin. Allerdings könnte sich die Lage jederzeit wieder verschärfen, solange die Bankensektoren in den Peripherieländern nicht grundlegend saniert werden.

¹ Zum Einfluss des über den Indikator gemessenen Finanzmarktstresses auf die Konjunktur siehe van Roye (2014).

² Zum Einfluss internationaler Übertragung von Finanzmarktstress vgl. Dovern und van Roye (2014).

Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen

Abbildung 3:
IfW-Finanzmarktstressindikator 1970–2014



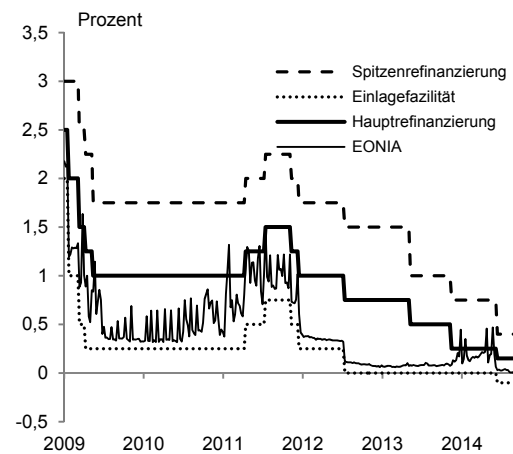
Monatsdaten; der Schwellenwert 0 signalisiert, ob eine Beeinträchtigung der Konjunktur wahrscheinlich ist; LTCM: Long-Term Capital Management (Hedgefonds).

Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Thomson Financial Datastream; eigene Berechnungen.

Die EZB hat den Leitzins im September auf 0,05 Prozent gesenkt (Abbildung 4). Für Guthaben, die Geschäftsbanken beim Eurosystem halten, wird ein Strafzins in Höhe von 20 Basispunkten erhoben. Mit Ende der Absorptionsgeschäfte der angekauften Anleihen aus dem Programm für die Wertpapiermärkte hat sich auch das gesamte ausstehende Refinanzierungsvolumen verringert. Vor allem waren hierfür vorzeitige Rückzahlungen aus den beiden dreijährigen Refinanzierungsgeschäften, die Ende des Jahres 2011 und Anfang des Jahres 2012 durchgeführt worden waren, maßgeblich. Auch in Deutschland ansässige Kreditinstitute nutzten die vorzeitige Rückzahlungsmöglichkeit und tilgten einen Großteil ihrer daraus erwachsenen Verbindlichkeiten bei der Deutschen Bundesbank. Angesichts dessen wurde auch die Überschussliquidität abgebaut. Die monetäre Basis in Deutschland schrumpfte in der Folge spürbar; in den vergangenen Monaten stagnierte sie in etwa (Abbildung 5).

Die Lage am Geldmarkt hat sich in den vergangenen Monaten leicht verbessert. So hat sich

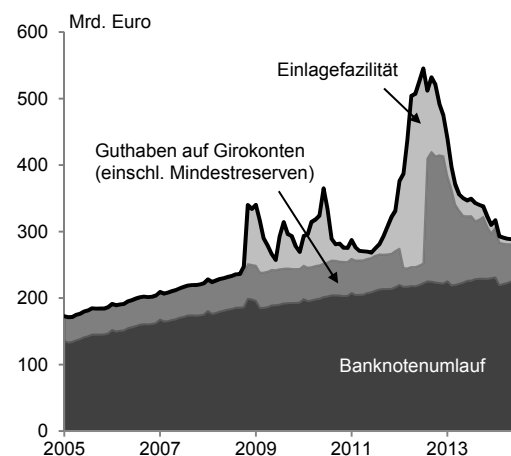
Abbildung 4:
Leitzinsen und Tagesgeldsätze im Euroraum 2009–2014



Wochendaten; EONIA (Euro OverNight Index Average): Zinssatz für unbesichertes Tagesgeld.

Quelle: EZB, Monatsbericht.

Abbildung 5:
Monetäre Basis in Deutschland 2005–2014



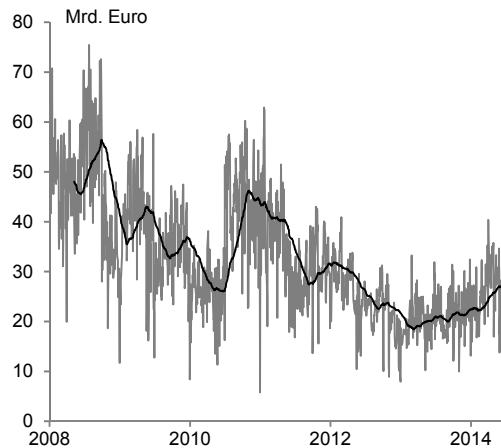
Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht.

das Transaktionsvolumen am Markt für unbesichertes Tagesgeld in der Tendenz weiter erhöht (Abbildung 6). Der Tagesgeldsatz (EONIA) war zuletzt großen Schwankungen ausgesetzt, die vor allem aus der Aussetzung der SMP-Absorptionsoperationen resultierte. Die Zinssätze für Dreimonatsgeld liegen auf äußerst niedrigem Niveau; im August betrug der Zinssatz für besichertes Dreimonatsgeld (Europo) 0,0 Pro-

zent, und der Zinssatz für unbesichertes Dreimonatsgeld (Euribor) lag bei 0,2 Prozent (Abbildung 7).

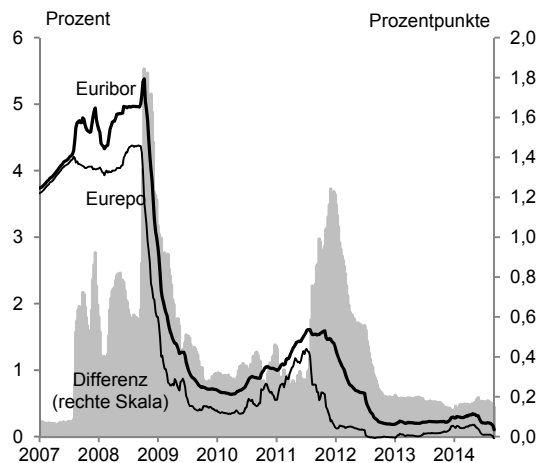
Abbildung 6:
Transaktionsvolumen am Markt für Tagesgeld im Euroraum
2008–2014



Tagesdaten. Gleitender 90-Tagesdurchschnitt.

Quelle: EZB, Statistical Data Warehouse.

Abbildung 7:
Zinssätze für Dreimonatsgeld 2007–2014



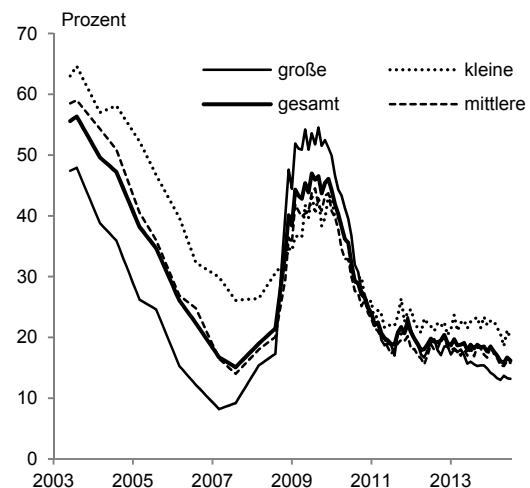
Wochendaten; Euribor: Zinssatz für unbesichertes Dreimonatsgeld; Eurepo: Zinssatz für besichertes Dreimonatsgeld; Differenz: Prozentpunkte.

Quelle: EZB, Monatsbericht; eigene Berechnungen.

Die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen sind nach wie vor äußerst vorteilhaft. So berichten im Rahmen der Umfrage zur ifo-Kredithürde nur wenige Unternehmen über

eine restriktive Kreditvergabe der Banken (Abbildung 8). Insbesondere große Unternehmen haben wohl kaum Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme. Die Finanzierungskosten haben sich in den vergangenen Monaten weiter leicht verringert. So sind sowohl die Bankzinsen für Unternehmenskredite als auch die Renditen für Unternehmensanleihen etwas gesunken (Abbildung 9). Im August lag die durchschnittliche Rendite bei 2,7 Prozent. Da die Rendite von Bundesanleihen ebenfalls zurückging, blieb der Zinsaufschlag in etwa stabil. Alles in allem werden die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen im Prognosezeitraum wohl weiterhin sehr vorteilhaft bleiben.

Abbildung 8:
Kredithürde nach Unternehmensgröße 2003–2014



Monatsdaten ab November 2008; Anteil der Firmen, die über eine restriktive Kreditvergabe seitens der Banken berichten.

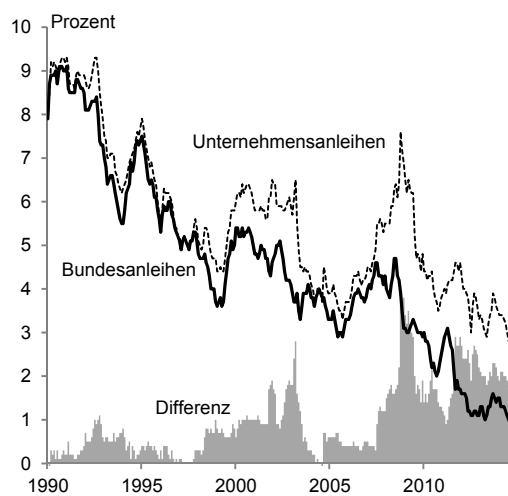
Quelle: ifo, Schnelldienst.

Die EZB dürfte den maßgeblichen Leitzins im gesamten Prognosezeitraum bei 0,05 Prozent belassen. Darüber hinaus wird sie vor dem Hintergrund der schwachen Inflationsentwicklung in den Krisenländern im Euroraum die übrigen unkonventionellen Maßnahmen fortführen und den hohen Expansionsgrad beibehalten.³ Der Expansionsgrad der Geldpolitik

³ Zu einer detaillierteren Beschreibung der zusätzlichen unkonventionellen Maßnahmen siehe Gern et al. (2014b).

wird für Deutschland – gemessen an der Inflationsrate und der Auslastung der Produktionskapazitäten – in den kommenden Jahren wohl deutlich zu niedrig sein (Boysen-Hogrefe et al. 2013b: Kasten 1). Damit wird die Geldpolitik im Prognosezeitraum äußerst expansiv ausgerichtet sein.

Abbildung 9:
Kapitalmarktzinsen 1990–2014



Monatsdaten, Renditen; Unternehmensanleihen mit mittlerer Restlaufzeit von über drei Jahren; Bundesanleihen mit 5-jähriger Laufzeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen.

Unserer Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar bei 1,30 konstant bleibt. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit dürfte sich in der zweiten Jahreshälfte verbessern und danach etwa unverändert bleiben (Tabelle 1).

Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet

Mehrere Maßnahmen führen im laufenden Jahr zu deutlichen Mehrausgaben der öffentlichen Haushalte. So rechnen wir bedingt durch das Rentenpaket (Mütterrente, Rente mit 63, Erwerbsminderungsrente) mit Mehrausgaben der Rentenversicherung von etwa 5 Mrd. Euro. Da zugleich eine eigentlich anstehende Senkung des Rentenbeitragssatzes unterblieb, fällt die Rentenanpassung – weil durch den „Riesterfaktor“ eine Abhängigkeit zum Beitragssatz besteht – zur Mitte des Jahres 2015 geringer aus, so dass die Rentenbezieher einen Teil der Leistungsausweitung finanzieren.

Durch die Anhebung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer und die Einführung des Betreuungsgelds wird das Budget zusätzlich

Tabelle 1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2012–2015

	2012				2013				2014				2015			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	1,0	1,0	0,75	0,75	0,75	0,60	0,50	0,40	0,25	0,23	0,10	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05
Langfristige Zinsen	1,5	1,4	1,4	1,4	1,5	1,4	1,8	1,8	1,7	1,4	1,0	1,1	1,1	1,3	1,5	1,7
US-Dollar/Euro	1,31	1,28	1,25	1,30	1,32	1,31	1,33	1,36	1,37	1,37	1,32	1,30	1,30	1,30	1,30	1,30
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	84,8	84,4	83,4	84,2	85,5	85,9	86,0	86,4	86,8	86,6	85,7	85,6	85,6	85,6	85,7	85,8
Exportmärkte	1,1	0,4	1,0	0,0	1,2	2,0	2,2	2,5	1,1	2,1	2,1	2,0	2,4	2,7	2,9	3,0
Rohölpreis	118,4	109,4	111,4	110,5	113,0	103,1	110,3	109,6	108,2	110,0	103,0	100,0	100,5	101,0	101,5	102,0

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; Langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 37 Ländern auf Basis von Deflatoren für den Gesamtumsatz, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 46 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal, Jahresrate. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

belastet. Mehrausgaben werden auch durch die anhaltenden Instandsetzungsarbeiten nach der Flut im Frühsommer des vergangenen Jahres entstehen. Es ist davon auszugehen, dass in diesem Jahr der Löwenanteil der Mittel zur Wiederherstellung der zerstörten öffentlichen Infrastruktur abfließen wird. Nur sehr geringe Mehrausgaben dürften im laufenden Jahr von den Plänen des Bundes ausgehen, die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur allgemein zu erhöhen sowie zusätzliche Ausgaben für den Städtebau und den sozialen Wohnungsbau zu tätigen, da im ersten Jahr noch nicht die vollen im Koalitionsvertrag vereinbarten Volumina abgerufen werden dürften; wir rechnen mit einer allmählichen Umsetzung dieser Vorhaben im Laufe der kommenden Jahre. Ebenso dürften von den beschlossenen Programmen in den Bereichen Bildung und Betreuung kaum zusätzliche Ausgaben für das laufende Jahr zu erwarten sein, da die meisten Maßnahmen erst im Jahr 2015, oder, wie die angekündigte „Bafög-Reform“, noch später greifen und größtenteils in einer Entlastung der Länder und Kommunen bestehen. Diese Entlastung dürfte nicht in vollem Umfang in Form höherer Leistungen im Bereich Bildung und Betreuung weitergeben werden.

Für Mehreinnahmen dürften der erneute Anstieg der Tabaksteuersätze und die Anhebung der Grunderwerbsteuersätze in einigen Ländern sorgen. Ferner werden die Rentenkassen erneut, wenn auch nur noch in geringem Umfang, durch den Ausgleich des im Jahr 2010 vorgenommenen Eingriffs in die Rentenformel entlastet. Insgesamt dürften die Budgetwirkungen der finanzpolitischen Maßnahmen den Budgetsaldo im Jahr 2014 um 10,1 Mrd. Euro verringern (Tabelle 2). Automatische Reaktionen (endogen steigende Steuerquoten der Einkommensteuer und endogen sinkende Steuerquoten bei Mengensteuern) wirken dem entgegen, so dass insgesamt mit einer negativen Budgetwirkung von 6,5 Mrd. Euro zu rechnen ist. Die Finanzpolitik ist somit leicht expansiv ausgerichtet.

Die zusätzlichen Leistungen in der Rentenversicherung werden auch im Jahr 2015 zu einem Impuls führen, da diese erst zur Mitte des laufenden Jahres implementiert wurden. Zudem sollen die Leistungen der sozialen Pflege-

versicherung um gut 2 Mrd. Euro pro Jahr ausgeweitet werden. Zeitgleich wird der Beitragsatz um 0,3 Prozentpunkte angehoben. Die resultierenden Einnahmen sollen zu zwei Drittel die gestiegenen Leistungen finanzieren und zu einem Drittel zum Aufbau eines Kapitalstocks genutzt werden. In der Gesetzlichen Krankenversicherung wird es zu einer Reform des Beitragssystems kommen. Der allgemeine Beitragssatz sinkt von 15,5 auf 14,6 Prozent, wobei nur der Arbeitnehmeranteil gesenkt wird. Doch ist damit zu rechnen, dass viele Kassen angesichts der erheblichen Reduktion des Beitragsatzes Zusatzbeiträge, die dann proportional zum Einkommen sein werden, erheben werden. Da die derzeitige Kassenlage aber noch recht gut ist, dürften die Zusatzbeiträge die ursprüngliche Beitragssatzsenkung nicht komplett kompensieren, so dass der durchschnittliche Gesamtbeitragssatz wohl unterhalb dem des Vorjahres liegen wird. Eine Reduktion der Einnahmen ist auch von der zu Beginn 2015 in Kraft tretenden Anpassung der Mautgebühren zu erwarten. Ferner ist damit zu rechnen, dass die Kommunen zusätzliche Einnahmen von 1 Mrd. Euro, die ab 2015 jährlich durch die Neuregelung der Finanzbeziehungen mit dem Bund zur Verfügung stehen, nur teilweise in höhere Leistungen ummünzen werden. Erneut dürften die Budgetwirkungen der finanzpolitischen Effekte im Vergleich zum Vorjahr trotz der steigenden Beitragssätze in der Pflegeversicherung und des Auslaufens der Fluthilfen negativ sein (-5,6 Mrd. Euro). Durch automatische Reaktionen wird dieser Effekt aber (deutlich) gedämpft (-2,3 Mrd. Euro), so dass die Finanzpolitik nahezu neutral wirken dürfte.⁴

⁴ An dieser Stelle bleibt unberücksichtigt, dass ein Urteil des Hamburger Finanzhofs die Rechtmäßigkeit der Kernbrennstoffsteuer anzweifelt. Sollte das Urteil in den höheren Instanzen bestätigt werden, würde die Kernbrennstoffsteuer zukünftig wegfallen, was Mindereinnahmen von gut 1 Mrd. Euro im laufenden wie im kommenden Jahr bedeuten würde. Die bereits geleisteten Rückerstattungen von 2 Mrd. Euro an E.ON und RWE würden bei den Unternehmen verbleiben. Zudem würden dann wohl weitere Unternehmen auf Rückerstattung klagen.

Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen

Tabelle 2:

Budgetwirkungen finanzpolitischer Maßnahmen 2014–2015 (Mrd. Euro)

	2014	2015	2015 (kumuliert)
Steuern und Abgaben^a			
Anhebung der Tabaksteuersätze	0,2	0,2	0,4
Anhebung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer	–1,5	–0,2	–1,7
Wirkungen anderer Steuerrechtsänderungen	–1,0	–0,5	–1,5
Reform der Mautgebühren		–0,5	–0,5
Ausgaben des Bundes			
Einführung des Betreuungsgeldes	–0,7	0,0	–0,7
Infrastrukturprogramme ^b	–0,2	–1,0	–1,2
Förderung des sozialen Wohnungsbaus	–0,3	–0,2	–0,5
Fluthilfen des Bundes	–1,4	0,7	–0,7
Zusätzliche Ausgaben für die Arbeitsvermittlung	–0,2	–0,1	–0,3
Bildungsprogramm ^c		–0,4	–0,4
Diskretionäre Maßnahmen von Ländern und Gemeinden^d	–0,7	0,6	–0,1
Sozialversicherungen			
Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung	0,0	–2,0	–2,0
Eingriff in die Rentenformel	0,6	0,6	1,2
Leistungsausweitung der Pflegeversicherung	–0,1	–2,2	–2,3
Beitragssatzanhebung in der Pflegeversicherung		3,3	3,3
Mütterrente	–3,3	–3,3	–6,6
Renteneintritt mit 63	–1,3	–1,3	–2,5
Erwerbsminderungsrenten	–0,2	–0,4	–0,6
Geminderte Rentenanpassung ^e	0,0	1,1	1,1
Summe	–10,1	–5,6	–15,6
Automatische Reaktionen			
Heimliche Steuererhöhungen	5,8	7,1	12,9
Endogener Rückgang von Steuerquoten	–2,2	–3,8	–6,0
Summe	–6,6	–2,3	–8,7
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt	–0,2	–0,1	–0,3

Wirkungen in Mrd. Euro im Verhältnis zum Vorjahr. Abweichungen in den Summen rundungsbedingt. — ^aWirkungen von Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr und somit nur approximativ auf die Abgrenzung der VGR. Die Abwicklung von Altfällen nach Änderung der Besteuerung von Dividenden entsprechend eines Urteils des EUGH ist nicht berücksichtigt, da diese in den VGR schon 2011/2012 verbucht wurde. — ^bZusätzliche Investitionen in Verkehrsinfrastruktur und Städtebau entsprechend des Koalitionsvertrags und vorheriger Maßnahmen. — ^cNettowirkung: Es wird mit Minderausgaben von Ländern und Kommunen gerechnet. — ^dInkl. Fluthilfen. Bezüglich der Fluthilfen nehmen wir an, dass viele Maßnahmen, die von 8 Mrd. Euro umfassenden Fonds des Bundes und der Länder finanziert werden, bereits im Jahr 2013 erfolgt sind. — ^eGeminderte Rentenanpassung infolge des Ausbleibens der Beitragssatzsenkung („Riester“-Faktor). Zusätzliche Effekte wegen des steigenden Rentnerquotienten sind zwar wahrscheinlich, wurden aber nicht berücksichtigt (vgl. Boss 2014).

Quelle: BMF, interne Unterlagen; BMF, Finanzbericht; eigene Schätzungen und Berechnungen.

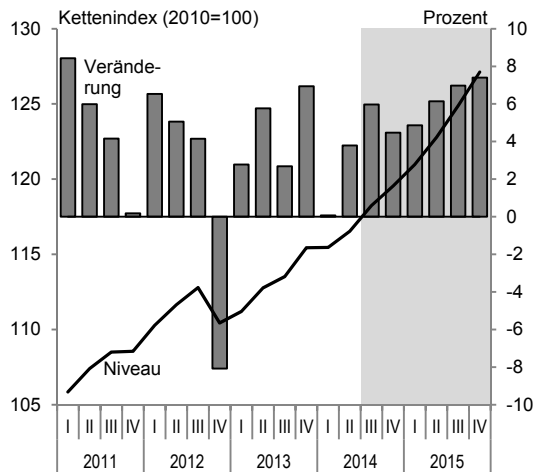
Ausfuhren beleben sich nur allmählich

Die Exportdynamik blieb im bisherigen Jahresverlauf schwach. So expandierten die Ausfuhren im zweiten Quartal mit einer laufenden Jahres-

rate von 3,8 Prozent, nachdem sie im Vorquartal stagniert hatten (Abbildung 10). Hierin spiegelt sich vor allem die derzeit geringe Dynamik des Welthandels wider. Die Einfuhren legten in Anbetracht der schwachen Konjunktur im zweiten Quartal mit 6,6 Prozent recht kräftig zu (Abbildung 11). Aus dem Außenhandel ergab sich

Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen

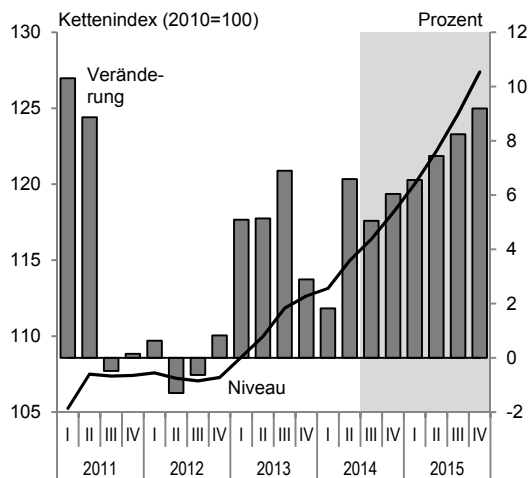
Abbildung 10:
Exporte 2011–2015



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 11:
Importe 2011–2015



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

wie im Vorquartal rein rechnerisch ein negativer Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts von knapp 1 Prozentpunkt. Im weiteren Verlauf dürften sich die Ausfuhren nur allmählich beleben, da die Erholung im Euroraum wohl nur schleppend vorankommt und sich die

Risiken, die sich aus den geopolitischen Auseinandersetzungen ergeben, zuletzt erhöht haben.

Während sich die Flaute bei den Ausfuhren zu Jahresbeginn nahezu über alle Regionen hinweg erstreckte, ging die verhaltene Expansion im zweiten Quartal vor allem auf die schwache Exporttätigkeit in das europäische Ausland zurück. Die nominalen Warenausfuhren in den Euroraum waren zwar leicht aufwärtsgerichtet, jedoch verringerten sich die Lieferungen in die anderen europäischen Länder spürbar. Die Ausfuhren in den asiatischen Raum und in die Vereinigten Staaten expandierten dagegen kräftig.

Die nominalen Warenausfuhren nach Russland nahmen im zweiten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von mehr als 20 Prozent ab. Zwar sind die Lieferungen nach Russland bereits seit Anfang 2013 stark rückläufig, wohl auch weil der Wechselkurs des Rubel gegenüber dem Euro seitdem kräftig abgewertet hat. Allerdings deutet der beschleunigte Rückgang im zweiten Quartal darauf hin, dass sich zunehmend dämpfende Effekte aus den politischen Auseinandersetzungen zwischen der Ukraine und Russland bemerkbar machen. Auch die Lieferungen in die Ukraine gingen im zweiten Quartal, ähnlich wie im Vorquartal, deutlich zurück. Die Anteile von Russland (3 Prozent) und der Ukraine (0,5 Prozent) sind jedoch vergleichsweise klein, so dass der unmittelbare Einfluss auf die gesamten Exporte bisher gering war. Die Einfuhren aus Russland und der Ukraine waren dagegen offenbar bis zuletzt relativ stabil. Die Rückgänge im zweiten Quartal lagen jedenfalls nicht außerhalb des in der Vergangenheit zu beobachtenden üblichen Schwankungsmusters.

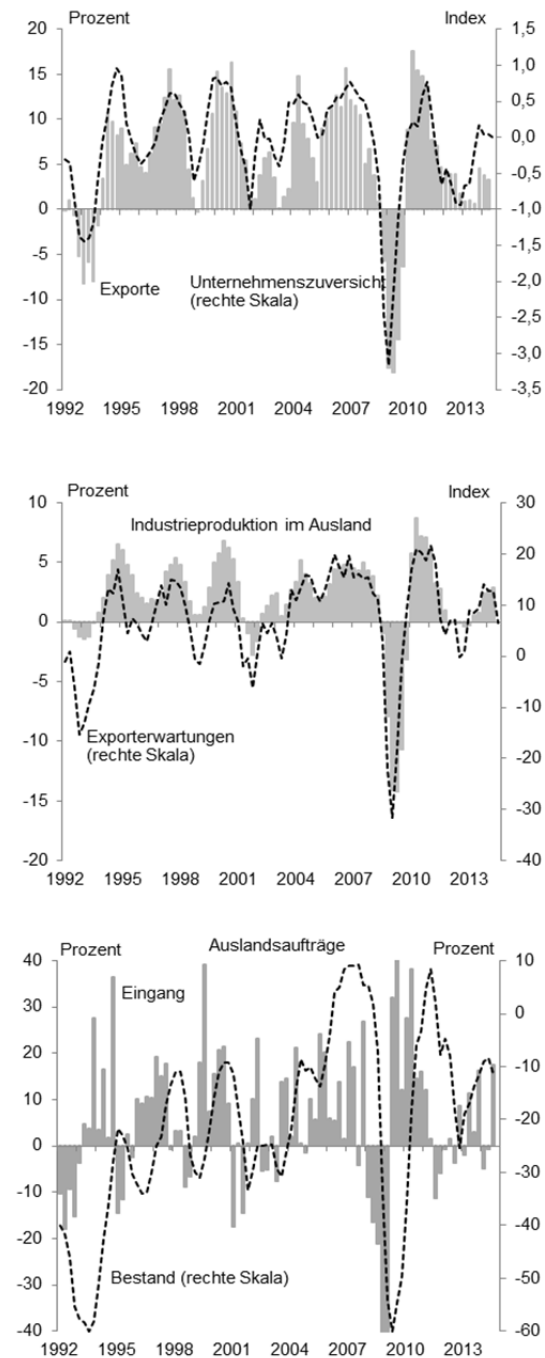
Im dritten Quartal dürften die Ausfuhren mit rund 6 Prozent in beschleunigtem Tempo zulegen. Zwar deuten die für den Juli vorliegenden Zahlen für die nominalen Warenausfuhren – ebenso wie die Auftragseingänge aus dem Ausland – auf einen deutlich stärkeren Anstieg hin. Allerdings dürften sie aufgrund von Sonderfaktoren die zugrundeliegende Dynamik überzeichnen. Zudem signalisieren andere Frühindikatoren einen eher verhaltenen Anstieg bei den Exporten. So war die Unternehmenszuversicht

in den Abnehmerländern zuletzt seitwärts gerichtet und befindet sich historisch gesehen etwa auf einem durchschnittlichen Niveau (Abbildung 12). Die Exporterwartungen der deutschen Unternehmen gingen zuletzt sogar deutlich zurück. Gestützt wird unsere Prognose einer leichten Beschleunigung bei den Ausfuhren durch den Anstieg der Kapazitätsauslastung in den Abnehmerländern im dritten Quartal, der für sich genommen für eine spürbare Belebung bei den Investitionsgüterexporten spricht (Abbildung 13).⁵

Im kommenden Jahr dürften sich die Rahmenbedingungen für die deutschen Exporteure verbessern. So wird wohl insbesondere die Erholung im Euroraum etwas an Fahrt aufnehmen und die Ausfuhren stimulieren (Abbildung 14).⁶ Zudem dürften die Belastungen infolge der geopolitischen Auseinandersetzungen – so unsere Annahme – allmählich abnehmen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich im laufenden Jahr voraussichtlich etwas verringern, nach einer deutlichen Verschlechterung im vergangenen Jahr (Abbildung 15). Allerdings dürfte sie im laufenden Jahr geringer ausfallen als noch im Sommer von uns prognostiziert, da sich der Außenwert des Euro seitdem verringert hat. Für das kommende Jahr zeichnet sich derzeit eine leichte Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ab. Alles in allem dürften die Ausfuhren im Verlauf des kommenden Jahres spürbar anziehen. Im Jahresdurchschnitt werden sie wohl um 6,1 Prozent zulegen, nach 3,8 Prozent im laufenden Jahr.

Insgesamt dürften die deutschen Exporte im Prognosezeitraum damit etwas rascher zulegen als der Welthandel (Kasten 1). Zwar haben sich die deutschen Ausfuhren zuletzt in etwa im Gleichklang mit dem Welthandel entwickelt. Allerdings werden die deutschen Exporteure voraussichtlich im Besonderen von der sich ab-

Abbildung 12:
Exportindikatoren 1992–2014



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, die über außerordentlich hohe Auftragsbestände berichten; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportorerwartungen, Auftragsbestand (Auftragseingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (entspricht dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

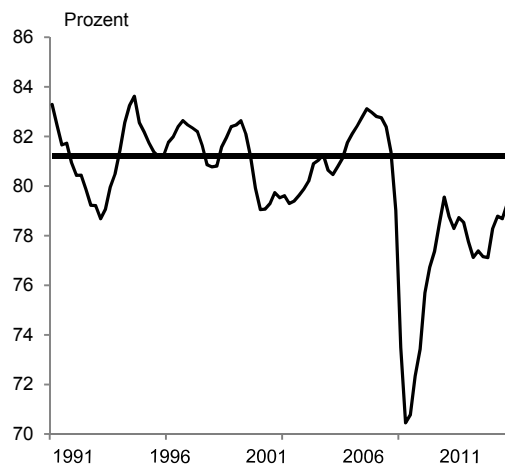
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Financial Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

⁵ Für eine ausführliche Analyse des Zusammenhangs zwischen der Kapazitätsauslastung in den Abnehmerländern und den deutschen Investitionsgüterexporten siehe Jannsen und Richter (2012).

⁶ Für eine ausführliche Darstellung unserer Prognose für die Weltkonjunktur siehe Gern et al. (2014b).

Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen

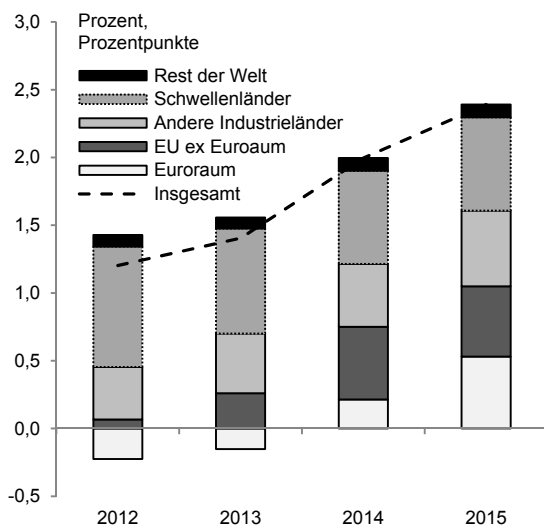
Abbildung 13:
Kapazitätsauslastung in den Abnehmerländern 1991–2014



Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe in 37 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; horizontale Linie: Durchschnitt von 1991 bis 2007.

Quelle: Nationale Quellen; eigene Berechnungen.

Abbildung 14:
Deutsche Exportmärkte 2012–2015



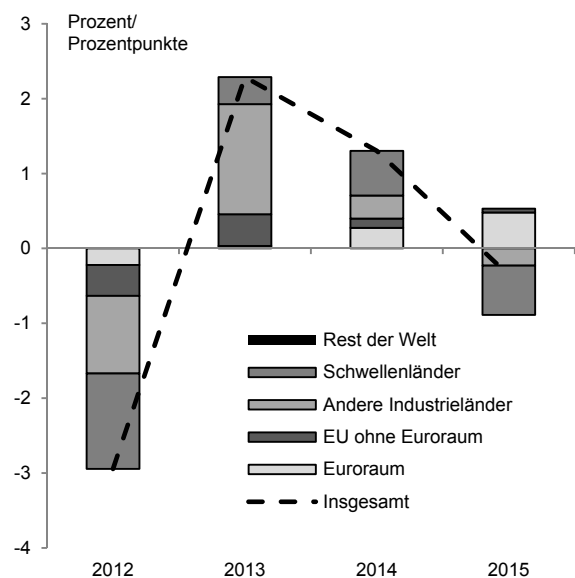
Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; nationale Quellen; 2014–2015: Prognose des IfW.

zeichnenden leichten Erholung im Euroraum profitieren. Auch der Welthandel dürfte in der Folge wieder in etwas beschleunigtem Tempo zulegen. Jedoch werden einige der Faktoren, die dazu beigetragen haben, dass der Welthandel im

Verhältnis zur weltweiten Produktion zuletzt in deutlich schwächerem Tempo expandiert hatte, wohl noch längerfristig wirken.⁷

Abbildung 15:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2012–2015



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Handelspartnerländern der Deutschen Bundesbank; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2014–2015: Prognose des IfW.

Ein Risiko für die deutschen Ausfuhren besteht in einer weiteren Eskalation der Auseinandersetzungen zwischen der Ukraine und Russland. Massive Belastungen würden sich dann ergeben, wenn die Handelssanktionen gegenüber Russland deutlich verschärft würden oder die Konjunktur in den osteuropäischen Handelspartnerländern stark beeinträchtigt würde. Ein weiteres Risiko besteht darin, dass die Erholung in größeren Volkswirtschaften des Euroraums, wie z.B. Frankreich und Italien, schleppender verläuft als von uns prognostiziert. Alles in allem ist die deutsche Volkswirtschaft gegenüber regional begrenzten außenwirtschaftlichen Risiken jedoch vergleichsweise

⁷ Für eine detaillierte Analyse zur Schwäche des Welthandels siehe Gern et al. (2014b: Kasten 1).

Kasten 1:

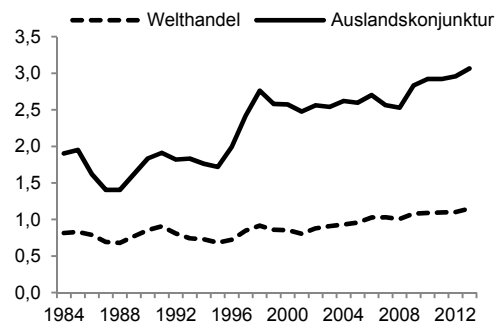
Die Schwäche des Welthandels und Implikationen für die deutschen Exporte

Die Dynamik der deutschen Ausfuhren hat sich wie die des Welthandels bereits seit dem Jahr 2011 abgeschwächt. Eine Regressionsanalyse zeigt, dass die Elastizität der deutschen Ausfuhren zum Welthandel (also das Verhältnis zwischen dem Zuwachs der deutschen Ausfuhren und dem Zuwachs des Welthandels) zuletzt nahezu unverändert geblieben ist (Abbildung K1-1).^a Für den Welthandel hat die Elastizität zur weltweiten Produktion seit 2011 spürbar abgenommen.^b Eine vergleichbare Diagnose lässt sich für die deutschen Exporte nicht stellen. So zeigt eine Regressionsanalyse für die deutschen Exporte und die Auslandskonjunktur (d.h. die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in den Abnehmerländern gewichtet mit ihren Anteilen an den deutschen Ausfuhren), dass sich die Exporte im Verhältnis zur Auslandskonjunktur zuletzt sogar relativ günstig entwickelt haben. Freilich gibt es eine Reihe von Faktoren, die diese Elastizitäten beeinflussen und die zum Teil mittels Indikatoren für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit erfasst werden können. Allerdings ist die seit vielen Jahren recht günstige Entwicklung der deutschen preislichen Wettbewerbsfähigkeit nicht ausschlaggebend für die jüngeren Entwicklungen; es ergeben sich ähnliche Ergebnisse, wenn die Veränderung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit explizit als Erklärungsfaktor berücksichtigt wird.

Maßgeblich für die jüngst zu beobachtende Schwächephase bei den deutschen Ausfuhren ist, dass sich die Konjunktur in den deutschen Absatzmärkten zuletzt spürbar verlangsamt und deutlich schwächer entwickelt hat als die Weltkonjunktur. So hat das Bruttoinlandsprodukt in den deutschen Absatzmärkten gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren bereits seit einiger Zeit mit schwächeren Raten expandiert als das weltweite Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten (Abbildung K1-2). Im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktwechselkursen expandierte die deutsche Auslandskonjunktur insbesondere seit dem Jahr 2009 in merklich geringerem Tempo.^c Die Differenz zwischen den Zuwachsraten der deutschen Auslandskonjunktur sowie den beiden Indikatoren für das weltweite Bruttoinlandsprodukt hat in den Jahren 2012 und 2013 sogar noch einmal sichtbar zugenommen.

Abbildung K1-1:

Elastizität der deutschen Ausfuhren bezüglich des Welthandels und der Auslandskonjunktur 1984–2013

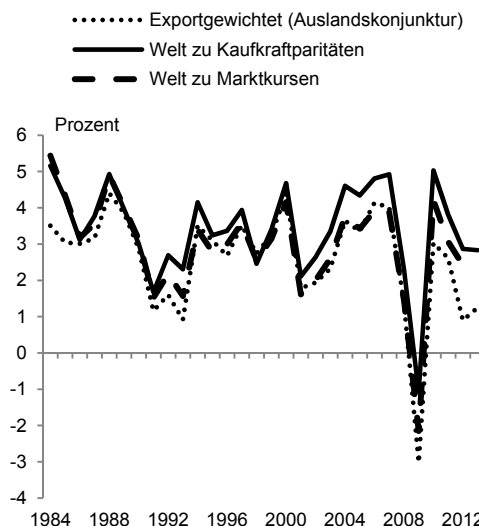


Jahresdaten; Elastizität berechnet mittels einer Regression der Zuwachsrate der deutschen Ausfuhren auf die Zuwachsrate des Welthandels bzw. der Auslandskonjunktur jeweils für ein Zeitfenster von 10 Jahren; Auslandskonjunktur: Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in 45 Ländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren.

Quelle: OECD, *Main Economic Indicators*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; nationale Quellen; eigene Berechnungen.

Abbildung K1-2:

Bruttoinlandsprodukt in den Abnehmerländern und in der Welt 1984–2013



Jahresdaten; Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr; Auslandskonjunktur und weltweites Bruttoinlandsprodukt: Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in 45 Ländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren bzw. gewichtet zu Kaufkraftparitäten oder Marktkursen.

Quelle: Nationale Quellen; eigene Berechnungen.

Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen

Ein wesentlicher Faktor hierfür ist die schwache wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum seit dem Beginn der Schuldenkrise. Zwar hat der Anteil der deutschen Ausfuhren in die Länder des Euroraums bereits seit einiger Zeit spürbar verringert. Gleichwohl ist er mit rund 37 Prozent im Jahr 2013 immer noch deutlich höher als die entsprechenden Anteile des Euroraums an der Weltproduktion (Kaufkraftparitäten: 13 Prozent, Marktwechselkurse: 18 Prozent).

Ein prononcierteres Bild ergibt sich, wenn man die Elastizitäten für verschiedene Zeiträume auf der Basis von Quartalsdaten ermittelt. So sich die Elastizität zwischen deutscher Auslandskonjunktur und dem weltweiten Bruttoinlandsprodukt insbesondere seit 2011, also mit dem Beginn der Schuldenkrise im Euroraum, spürbar verringert, während der Zusammenhang zwischen den deutschen Ausfuhren und dem Welthandel bzw. der deutschen Auslandskonjunktur auch nach 2011 nahezu stabil geblieben ist.

Alles in allem haben sich die deutschen Ausfuhren als auch der Welthandel seit 2011 gleichermaßen abgeschwächt. Während der Welthandel in diesem Zeitraum deutlich schwächer expandiert hat als dies die langjährigen Elastizitäten gegenüber der Weltproduktion hätten vermuten lassen, haben sich die deutschen Ausfuhren entsprechend der Auslandskonjunktur entwickelt. Maßgeblich für die Schwäche bei den deutschen Ausfuhren war vor allem die schwache wirtschaftliche Entwicklung in den Abnehmerländern und insbesondere im Euroraum. Die vorliegende Analyse liefert keine Indizien dafür, dass andere Faktoren, die derzeit den Welthandel belasten dürften, wie beispielsweise das Auslaufen der stimulierenden Effekte der jüngsten „Globalisierungswelle“, für die deutschen Ausfuhren von besonderer Bedeutung gewesen wären. Auch haben die deutschen Exporteure offenbar nicht im besonderen Maße unter der weltweiten Investitionsschwäche gelitten; so war der Anteil der Investitionsgüter an den deutschen Ausfuhren zuletzt eher leicht aufwärts gerichtet. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass sich die deutschen Ausfuhren mit der Belebung der Konjunktur in den Abnehmerländern vorerst in dem Ausmaß wieder beleben werden, wie dies vor der Finanzkrise der Fall war. Der Welthandel dürfte dagegen vorerst in etwas geringerem Ausmaß von einer Belebung der Weltkonjunktur stimuliert werden. Von dieser Seite her dürfte Deutschland somit in näherer Zukunft gute Chancen haben, seine Weltmarktanteile zu behaupten oder sogar etwas auszubauen, insbesondere wenn sich die Konjunktur im Euroraum wieder belebt.

^aIn der Regressionsanalyse wird die Zuwachsrate der deutschen Ausfuhren auf die Zuwachsrate des Welthandels jeweils für ein rollierendes Zeitfenster von zehn Jahren regressiert. — ^bFür eine detaillierte Analyse zur Schwäche des Welthandels siehe Gern et al. (2014a: Kasten 1). — ^cDie Berechnung des weltweiten Bruttoinlandsprodukts zu Marktwechselkursen erfolgt über die Umrechnung mittels der jeweiligen nationalen Wechselkurse zum Dollar. Für die Berechnung zu Kaufkraftparitäten wird zusätzlich das Preisniveau in den jeweiligen Ländern berücksichtigt. Da das Preisniveau beispielsweise in den Schwellenländern in der Regel niedriger ist als in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben die Schwellenländer bei der Berechnung zu Kaufkraftparitäten ein höheres Gewicht als bei der Berechnung zu Marktwechselkursen. Da das Wachstum in den Schwellenländern in der Regel höher ist als in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, ist die Zuwachsrate des weltweiten Bruttoinlandsprodukts zu Kaufkraftparitäten für gewöhnlich höher als die zu Marktkursen.

Tabelle K1-2:

Elastizitäten für die deutschen Ausfuhren und die deutsche Auslandskonjunktur für verschiedene Zeiträume

		1980–2014	2011–2014
Deutsche Ausfuhren	Welthandel	1,0	1,0
	Auslandskonjunktur	2,6	2,6
Deutsche Auslandskonjunktur	Welt-BIP (Kaufkraftparität)	0,8	0,5
	Welt-BIP (Marktwechselkurse)	0,8	0,5

Quartalsdaten; Elastizität berechnet mittels einer Regression a) der Zuwachsrate der deutschen Ausfuhren auf die Zuwachsrate des Welthandels bzw. der Auslandskonjunktur und b) der Zuwachsrate der deutschen Auslandskonjunktur auf die Zuwachsrate des weltweiten Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten bzw. zu Marktkursen; Auslandskonjunktur und weltweites Bruttoinlandsprodukt: Zuwachsrate des BIPs in 45 Ländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren und gewichtet zu Kaufkraftparitäten bzw. Marktkursen.

Quelle: OECD; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; nationale Quellen; eigene Berechnungen.

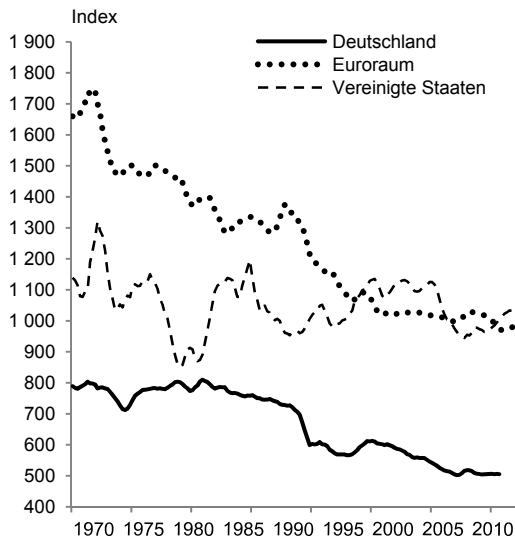
gut abgesichert, da die regionale Diversifikation der deutschen Ausfuhren im internationalen Vergleich außergewöhnlich hoch ist (Abbildung

16). Dies trägt dazu bei, dass die deutschen Exporteure die negativen Effekte regionaler Abschwächungen durch verstärkte Aktivitäten in

anderen Absatzmärkten wohl besser abfedern können als Exporteure in anderen Ländern.⁸

Abbildung 16:

Regionale Diversifikation der deutschen Exporte 1970–2014



Quartalsdaten; Summe der quadrierten prozentualen Handelsanteile gegenüber 46 Ländern; niedrigere Werte zeigen eine höhere Diversifikation; Euroraum: 11 Länder ohne Deutschland.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; eigene Berechnungen.

Die Einfuhren dürften im dritten Quartal mit der leichten Belebung bei den privaten Konsumausgaben und bei den Ausrüstungsinvestitionen mit 5,1 Prozent etwas langsamer zulegen als im zweiten Quartal. Darauf deuten auch die für den Juli vorliegenden Daten für die Wareneinfuhren hin. Danach dürften die Einfuhren zunächst nur wenig an Dynamik gewinnen, da neben der nur allmählich anziehenden Binnenkonjunktur auch die verhaltenen Expansionsraten bei den Ausfuhren wohl den zusätzlichen Bedarf an importierten Gütern dämpfen wird. Die jüngst zu beobachtende Abwertung des Euro dürfte die Einfuhren zusätzlich etwas dämpfen.

Im Verlauf des kommenden Jahres werden sich die Zuwachsraten bei den Importen mit der sich zunehmend festigenden Binnenkonjunktur und der Belebung bei den Ausfuhren voraus-

sichtlich sukzessive erhöhen. Insgesamt dürften die Einfuhren im kommenden Jahr um 7,2 Prozent zulegen, nach 4,5 Prozent im laufenden Jahr. Alles in allem werden die Einfuhren im Verlauf des Prognosezeitraums wohl stärker zulegen als die Ausfuhren, da die konjunkturelle Grundtendenz in Deutschland höher sein dürfte als in vielen Abnehmerländern. Vor diesem Hintergrund wird der Außenbeitrag im Prognosezeitraum leicht zurückgehen und einen negativen Expansionsbeitrag zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts liefern.

Da sich der nominale Exportüberschuss gleichwohl etwas erhöhen dürfte (infolge der Verbesserung der Terms of Trade) und auch die netto aus dem Ausland bezogenen Vermögens-einkommen voraussichtlich weiter expandieren werden, wird der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum in etwa beim letztjährigen Niveau verharren.

Die Importpreise sanken im zweiten Quartal abermals kräftig mit einer laufenden Jahresrate von 2,5 Prozent. Sie sind bereits seit Mitte des Jahres 2012 rückläufig und haben sich in diesem Zeitraum um mehr als 3 Prozent verringert; die Exportpreise sanken im gleichen Zeitraum um weniger als 1 Prozent, so dass sich die Terms of Trade merklich verbessert haben. Maßgeblich für den Rückgang der Importpreise waren die in diesem Zeitraum verzeichnete Aufwertung des Euro sowie die rückläufigen Preise für Lebensmittel und sonstige Rohstoffe. Hinzu kam, dass aufgrund der weltweit niedrigen Kapazitätsauslastung und der insgesamt schwachen Dynamik des Welthandels die Preissteigerungstendenzen gering waren und die Anpassungsprozesse in einigen wichtigen Lieferländern aus dem Euroraum die Preise gedrückt haben.

Im Prognosezeitraum dürften die Importpreise vorerst in etwa unverändert bleiben. Die infolge der jüngst zu beobachtenden Abwertung des Euro angelegten Preissteigerungstendenzen werden durch die Verringerung der Preise für Energierohstoffe wohl kompensiert werden. Für das dritte Quartal deuten die vorliegenden monatlichen Indikatoren auf gleichbleibende Importpreise hin. Im Verlauf des kommenden Jahres dürften die Importpreise mit dem An-

⁸ Vgl. Jannsen und Kooths (2012).

ziehen der weltweiten Kapazitätsauslastung und der Belebung des Welthandels wieder vorsichtig zulegen. Alles in allem werden sie im laufenden Jahr im Jahresdurchschnitt voraussichtlich um 1,6 zurückgehen und im kommenden Jahr in etwa unverändert bleiben.

Die Exportpreise gingen im zweiten Quartal leicht zurück. Im Prognosezeitraum dürften sie in der Tendenz wieder aufwärtsgerichtet sein, auch weil sich die importierten Vorleistungsgüter voraussichtlich nicht weiter verbilligen werden. Allerdings werden die Exportpreise vorerst wohl nur in verhaltenem Tempo expandieren, da die schwache konjunkturelle Dynamik in vielen Abnehmerländern die Preiserhöhungsspielräume begrenzt. Für das dritte Quartal deuten die Frühindikatoren auf einen Anstieg der Ausfuhrpreise um knapp 1 Prozent hin. Im Verlauf des kommenden Jahres dürften sich die Zuwachsraten allmählich beschleunigen, nicht zuletzt weil die Exporteure die Belebung der Nachfrage in den Abnehmerländern wohl dazu nutzen werden, um die spürbar anziehenden Lohnstückkosten teilweise an ihre Kunden weiterzureichen. Im kommenden Jahr dürften die Exportpreise um 0,5 Prozent zulegen, nach einem Rückgang um 0,2 Prozent im laufenden Jahr. Vor diesem Hintergrund werden sich die Terms of Trade im laufenden Jahr um 1,4 Prozent und im kommenden Jahr um 0,6 Prozent verbessern.

Inländische Verwendung: Dämpfer für den Investitionsaufschwung

Im Zuge der jüngsten Großen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Brümmerhoff und Grömling 2014b) hat sich der Anteil der investiven Ausgaben an der inländischen Verwendung merklich erhöht. Maßgeblich hierfür ist, dass nunmehr ein Großteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben als Investitionstätigkeit behandelt und unter den „sonstigen Anlageinvestitionen“ verbucht wird, die bislang hauptsächlich nur Softwarekäufe erfassten. In nominaler Rechnung haben sich

die sonstigen Anlageinvestitionen in der Folge mehr als verdreifacht. Die Investitionsquote als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen an der gesamten letzten inländischen Verwendung lag im Schnitt der vergangenen zehn Jahre gut 2 Prozentpunkte über dem Wert, der sich nach der alten Berechnungsmethode ergab; in den vergangenen beiden Jahren betrug diese Differenz sogar 2 ½ Prozentpunkte. Da die Ausgaben für Forschungs- und Entwicklung (F&E) weniger stark schwanken als die übrige Investitionstätigkeit, hat sich die zyklische Ausprägung der Investitionsausgaben etwas verringert. Nicht zuletzt durch die Aktivierung des F&E-Aufwandes fiel zudem die gemessene Preissteigerung für die Bruttoanlageinvestitionen im Schnitt etwas höher aus (Anstieg um zwei Zehntel im zurückliegenden 10-Jahres-Schnitt).

Unabhängig von diesen konzeptionellen Änderungen, die vor allem die ausgewiesenen Niveaus der jeweiligen Aktivität und die Struktur der Aggregate betreffen, stellt sich auch das verwendungsseitige Konjunkturbild nach den jüngsten Datenrevisionen in diesem Jahr anders dar als noch vor Quartalsfrist. Für den Jahresauftakt zeigt sich nunmehr eine deutlich geringere Expansion der heimischen Absorption (Anstieg um 3,6 Prozent statt 7,6 Prozent), was vor allem auf eine Neueinschätzung der Vorratsveränderungen zurückzuführen ist (Abbildung 17). Aber auch die Ausrüstungsinvestitionen wiesen mit 8,5 Prozent eine geringere Expansionsdynamik auf als zuvor gemeldet (13,8 Prozent). Alles in allem hat sich das Bild der konjunkturellen binnenwirtschaftlichen Dynamik für den bisherigen Jahresverlauf abgeschwächt. Insbesondere war der Rückgang der Bauinvestitionen im zweiten Quartal mit einer Rate von 15,8 Prozent stärker, als es die rein witterungsbedingten Reaktionen im Bereich der Bauwirtschaft erwarten ließen.

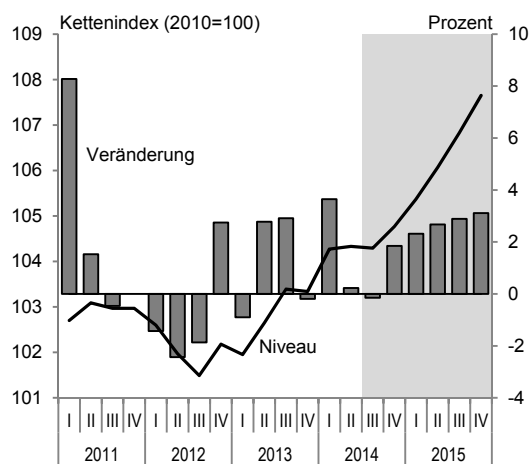
Zwar ist damit zu rechnen, dass die zyklischen Auftriebskräfte im nächsten Jahr wieder deutlich stärker werden (Abbildung 18),⁹ zu-

⁹ Für die Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten liegen derzeit noch keine entsprechend dem ESVG 2010 aktualisierten Kapitalstockdaten vor, so dass auch die Bestimmung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung (Produktionslücke) nur vorläufig erfolgen kann.

Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen

nächst dürften die geopolitischen Spannungen jedoch das Investitionsklima und damit auch die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte belasten. Maßgeblich getrieben durch einen recht kräftigen Anstieg der privaten Konsumausgaben, die von einer robusten Arbeitsmarktentwicklung und kräftig steigenden staatlichen Transferausgaben befeuert werden, dürfte die heimische Absorption in diesem Jahr um 1,5 Prozent und im nächsten Jahr um 2,1 Prozent zulegen.

Abbildung 17:
Letzte inländische Verwendung 2011–2015

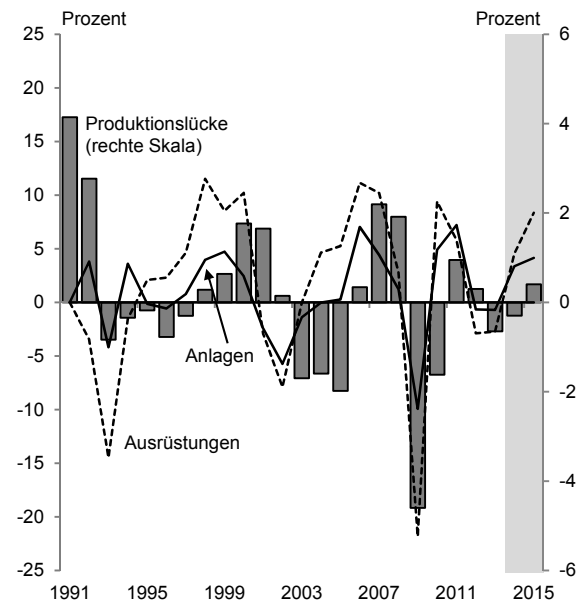


Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Die *Ausrüstungsinvestitionen* dürften in der zweiten Jahreshälfte nur mäßig ausgeweitet werden und erst im nächsten Jahr wieder kräftiger expandieren (Abbildung 19). Gegen eine raschere Überwindung des Investitionsattentismus, der sich zuletzt in einer Seitwärtsbewegung der Auftragseingänge für Investitionsgüter zeigte, spricht das deutlich eingetrübte Geschäftsklima. Zyklisch ist indes ein Wiederanziehen der Investitionsdynamik angelegt. So zeichnet sich im Verarbeitenden Gewerbe das Überschreiten der Normalauslastung ab, und es

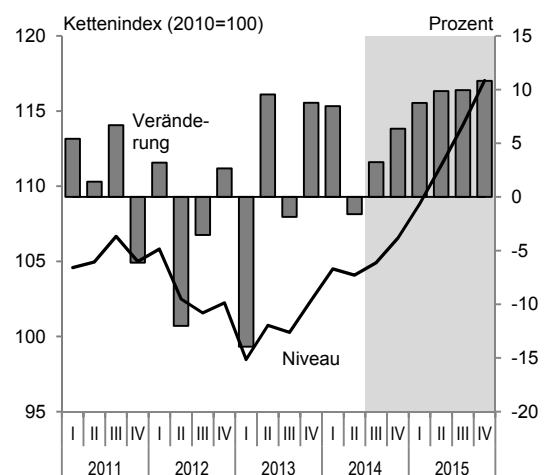
Abbildung 18:
Investitionszyklen 1991–2015



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr; Produktionslücke: in Prozent des Produktionspotenzials.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; gemeinsame Berechnungen von IfW und ZEW; grau hinterlegt: Prognose.

Abbildung 19:
Ausrüstungsinvestitionen 2011–2015

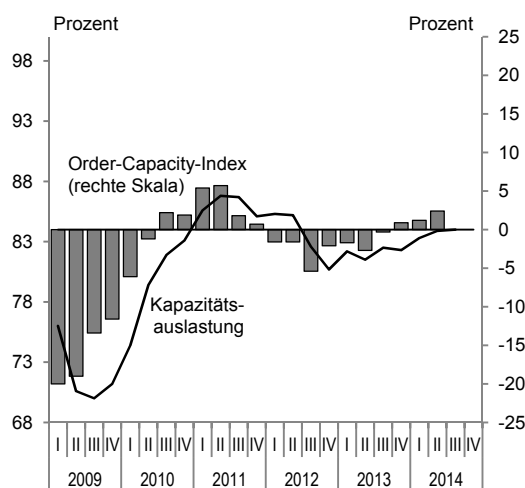


Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

konnten dort ausweislich des von der Deutschen Bundesbank berechneten Order-Capacity-Index bereits seit drei Quartalen mehr Bestellungen hereingenommen werden, als sich mit den bestehenden Kapazitäten abarbeiten lassen (Abbildung 20). Bei weiterhin extrem günstigen Finanzierungskonditionen dürfte sich im nächsten Jahr die Investitionstätigkeit merklich beleben, sofern – wie in dieser Prognose unterstellt – die geopolitischen Krisenherde wieder abkühlen.

Abbildung 20:
Kapazitätsauslastung 2009–2014



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: EU-Kommission, *Konjunkturumfrage bei Unternehmen und Verbrauchern*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*.

Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr um 4,6 Prozent und im nächsten Jahr um 8,4 Prozent zulegen (Tabelle 3).

Die *Bauinvestitionen* gaben im zweiten Quartal um 15,8 Prozent nach (Abbildung 21). In diesem starken Rückgang spiegelt sich in erster Linie wider, dass aufgrund der milden Witterung bereits viele Bauvorhaben in das Winterquartal vorgezogen worden waren. Für das gesamte erste Halbjahr ergab sich ein Plus von 4,6 Prozent, wobei nur die private Bauaktivität merklich expandierte.

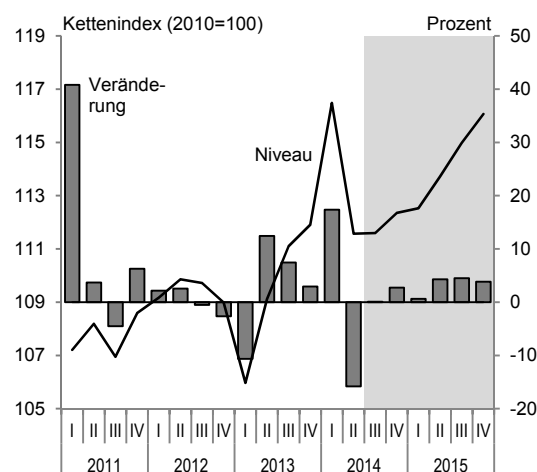
Tabelle 3:
Anlageinvestitionen 2012–2015

	2012	2013	2014	2015
Anlageinvestitionen	–0,7	–0,7	3,4	4,1
Unternehmensinvestitionen	–1,7	–1,5	3,3	5,0
Ausrüstungen	–2,9	–2,7	4,6	8,4
Wirtschaftsbau	–0,9	–2,1	2,3	0,3
Sonstige Anlagen	0,1	1,3	1,8	2,6
Wohnungsbau	3,3	0,6	3,3	3,3
Öffentlicher Bau	–7,7	1,6	4,7	–0,3
Nachrichtlich: Bauinvestitionen	0,6	–0,1	3,2	2,0

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 21:
Bauinvestitionen 2011–2015



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

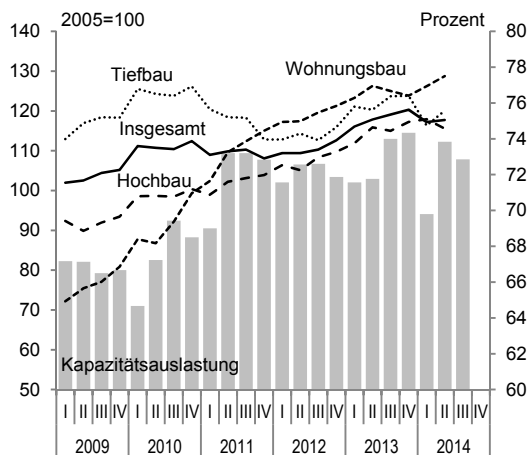
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Der Wohnungsbau dürfte angesichts steigender Auftragsbestände (Abbildung 22) bereits in der zweiten Hälfte dieses Jahres wieder expandieren und angesichts des kräftigen Aufwärtstrends bei den Baugenehmigungen im weiteren Prognosezeitraum deutlich aufwärtsgerichtet bleiben, zumal die Zinssätze für Baugeld zuletzt abermals einen historischen Tiefstwert verzeichneten und sich die günstigen Finanzierungsbedingungen im Prognosezeitraum voraussichtlich kaum ändern werden. Für beide Jahre rech-

nen wir mit einem Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen um 3,3 Prozent.

Abbildung 22:

Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2009–2014



Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung: saisonbereinigt, rechte Skala (2014-Q3: Juli/August); Auftragsbestände: preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*.

Die Auftragsbestände im gewerblichen Hoch- und Tiefbau sind zuletzt deutlich geschrumpft, so dass sich für den Wirtschaftsbau für den Rest des Jahres eine ruhigere Gangart abzeichnet. Im Zuge des abflauenden Attentismus der allgemeinen unternehmerischen Investitionstätigkeit dürften die Wirtschaftsbauten im Verlauf des nächsten Jahres aber wieder anziehen.

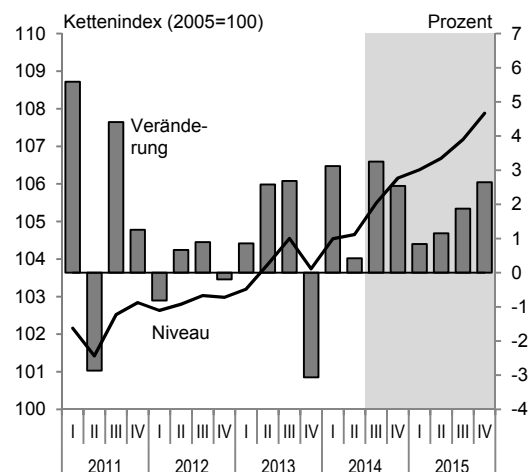
Die öffentlichen Bauinvestitionen sind im zweiten Quartal deutlich gesunken. Der Rückgang ist dabei nur zum Teil auf witterungsbedingte Schwankungen zurückzuführen, da er deutlich stärker ausfiel als der Anstieg im ersten Quartal, das vom milden Winter profitiert haben dürfte. Vielmehr dürfte der Rückgang dafür sprechen, dass das Volumen der Baumaßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden ihren Scheitelpunkt überschritten haben dürften. Im weiteren Verlauf dieses Jahres rechnen wir daher auch mit keiner spürbaren Beschleunigung. Erst zur Mitte des Jahres 2015 ist wieder mit stärkeren Zuwächsen zu rechnen, die dann von der sich aufhellenden Kassenlage der Kommunen getrieben sein dürften.

Insgesamt dürften die Bauinvestitionen in diesem Jahr um 3,2 Prozent und im nächsten Jahr um 2,0 Prozent zulegen.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte legten nach dem überaus kräftigen Anstieg zum Jahresauftakt (3,1 Prozent) zuletzt mit 0,4 Prozent nur noch verhalten zu (Abbildung 23). Der ausgeprägte Swing könnte durch die Kalenderbereinigung überzeichnet sein. In nur saisonbereinigter Rechnung ergab sich eine Beschleunigung der privaten Konsumausgaben von 0,8 Prozent im Winter auf 2,3 Prozent im Frühling, wobei die Sparquote zum Jahresauftakt um 0,2 Prozentpunkte auf 9,2 Prozent anstieg und im zweiten Quartal auf diesem Niveau verharrte. Im Zuge der jüngsten Großen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird das Niveau der Sparquote im Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre um 0,8 Punkte niedriger ausgewiesen. Grund hierfür ist, dass sich die Abschreibungszeiträume für die Wohnbauten der privaten Haushalte verkürzt haben, wodurch die Belastung durch Abschreibungen gestiegen und dementsprechend die verbleibenden Einkommen gesunken sind.

Abbildung 23:

Private Konsumausgaben 2011–2015



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau unterlegt: Prognose des IfW.

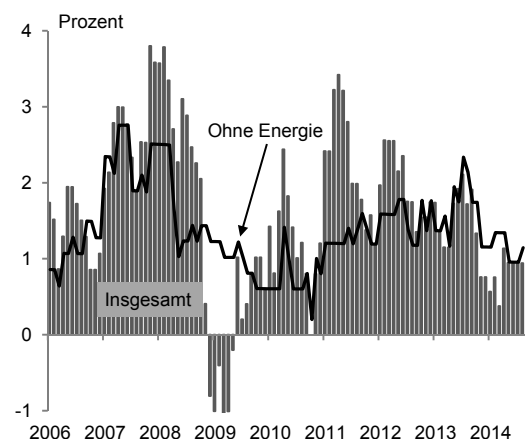
Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden im laufenden Jahr um 2,7 Prozent und im nächsten Jahr um 3,5 Prozent zulegen. Die Nettolöhne sind dabei die in beiden Jahren am stärksten expandierende Einkommensquelle (Anstieg um 3,8 bzw. 4,8 Prozent). Auch die monetären Sozialleistungen steigen mit 2,8 Prozent (2014) und 3,7 Prozent (2015) kräftig. Hierzu trägt insbesondere die Ausweitung der Mütterrente bei, die im laufenden Jahr mit dem Beginn des dritten Quartals einsetzt und ihre volle Wirkung erst im kommenden Jahr erreichen wird. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen dürften erst allmählich anziehen und in beiden Prognosejahren mit Raten von 0,6 Prozent bzw. 1,5 Prozent nur sehr verhalten zulegen. In dieser Größe schlägt sich der höhere Abschreibungsaufwand für selbst genutztes Wohneigentum nieder, wodurch bereits in den vergangenen beiden Jahren die Expansionsraten deutlich hinter den Werten zurückgeblieben sind, die vor der Großen Revision zu verzeichnen waren.

Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte voraussichtlich um 2,7 Prozent (2014) und 3,5 Prozent (2015) steigen. Nach Abzug der Teuerungsrate – gemessen am Deflator des privaten Verbrauchs – ergibt sich daraus in beiden Jahren ein Kaufkraftanstieg um 1,6 Prozent bzw. 1,7 Prozent. Wir rechnen damit, dass der kräftige Einkommenszuwachs in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres erst nach und nach konsumwirksam wird und daher die Sparquote zwischenzeitlich leicht ansteigt – auch wegen der Beunruhigung der Verbraucher über die außenpolitischen Stabilitätsrisiken –, um dann im nächsten Jahr wieder leicht nachzugeben. Alles in allem dürften die privaten Konsumausgaben in diesem Jahr um 1,2 Prozent und im nächsten Jahr um 1,8 Prozent zulegen.

Inflation vorübergehend niedrig

Der Anstieg der Verbraucherpreise verharrte in den vergangenen Monaten auf niedrigem Niveau. Im Sechsmonatsvergleich legten die Verbraucherpreise im August um 0,9 Prozent zu (Abbildung 24). Ausschlaggebend für den moderaten Preisauftrieb waren sowohl die rückläufigen Preise für Mineralölprodukte als auch deutlich sinkende Preise bei Obst und Gemüse, die im Jahr 2013 witterungsbedingt stark angezogen hatten. Auch die Erzeugerpreise gingen trotz einer merklichen Abwertung des Euro spürbar zurück.

Abbildung 24:
Verbraucherpreise 2006–2014



Monatsdaten, saisonbereinigt; Veränderung in den vergangenen sechs Monaten; Jahresrate.

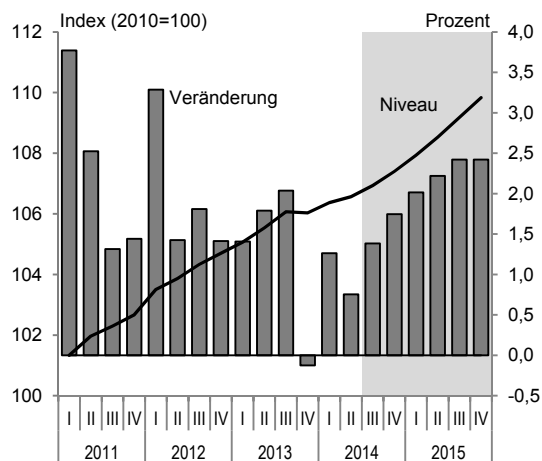
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; eigene Berechnungen.

Die Inflationsrate betrug im August 0,8 Prozent. Im Juli wirkten sich vor allem die rückläufigen Preise für Kraftstoffe und Nahrungsmittel dämpfend auf die Gesamtinflation aus. So kostete Superbenzin 2,4 Prozent und Diesel 4,9 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Obst und Gemüse verbilligten sich um 4,8 bzw. 7,7 Prozent. Der Aufwärtstrend in der Zuwachsrate der Nettokaltmieten hielt zuletzt an; im Juli mussten Mieter 1,4 Prozent mehr bezahlen als im Vorjahr. Der um Energieträger bereinigte Preis-

index stieg im Vorjahresvergleich um 1,2 Prozent.

Die Preisdynamik dürfte im Verlauf des Prognosezeitraums von binnenwirtschaftlicher Seite wohl etwas stärker werden. In diesem Jahr wird die Abwertung des Euro den Preisauftrieb für Vorleistungsgüter tendenziell etwas erhöhen. Darüber hinaus wird sich die leicht zunehmende Kapazitätsauslastung wohl allmählich in einem stärkeren Anstieg anderer Güterpreise niederschlagen. In der Folge wird die Kerninflationsrate tendenziell weiter steigen. Für das Jahr 2014 dürfte sich die Inflationsrate auf 1,1 Prozent belaufen (Abbildung 25). Im Jahr 2015 werden die Preise angesichts der konjunkturellen Belebung wohl etwas stärker steigen. Zudem dürften die mindestlohnbedingten Lohnkostensteigerungen und die dadurch induzierte Angebotsverknappung ebenfalls preisteigernd wirken. Wir rechnen mit einer Inflationsrate von 1,9 Prozent.

Abbildung 25:
Verbraucherpreise 2011–2015



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Löhne steigen beschleunigt

Die Lohndynamik hat zuletzt an Fahrt gewonnen. Dies gilt insbesondere für die Tarifverdienste; sie lagen im zweiten Quartal um 3,5 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Verantwortlich für den beschleunigten Anstieg sind insbesondere die Stufenerhöhungen in der Metall- und Elektroindustrie, im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel, welche alle bereits im vergangenen Jahr beschlossen worden waren. Zwar betragen diese Lohnsteigerungen nominell nur etwas mehr als 2 Prozent. Da jedoch die vorangegangenen Stufenerhöhungen weniger als ein Jahr zurückliegen, ist die Vorjahresrate vorübergehend deutlich erhöht. In den kommenden Monaten wird der Anstieg der Tarifverdienste insgesamt wieder nachgeben. Für den Durchschnitt dieses Jahres rechnen wir mit einer Rate von 3,2 Prozent (Tabelle 4).

Tabelle 4:
Löhne und Produktivität 2012–2015

	2012	2013	2014	2015
Stundenkonzept				
Tariflöhne	2,7	2,4	3,2	2,9
Effektivlöhne	4,0	2,8	2,1	3,3
Lohndrift	1,3	0,4	-1,1	0,4
Lohnkosten	3,7	2,6	1,9	3,2
Arbeitsproduktivität	0,6	0,4	0,0	0,6
Lohnstückkosten	3,1	2,2	2,0	2,7
Lohnstückkosten (real)	1,6	0,1	-0,1	0,5
Personenkonzept				
Tariflöhne	2,6	2,5	3,2	2,9
Effektivlöhne	2,8	2,1	2,9	4,0
Lohndrift	0,1	-0,4	-0,3	1,2
Lohnkosten	2,5	1,9	2,7	3,9
Arbeitsproduktivität	-0,7	-0,5	0,6	1,1
Lohnstückkosten	3,3	2,4	2,2	2,8
Lohnstückkosten (real)	1,7	0,3	0,2	0,7

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflatiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

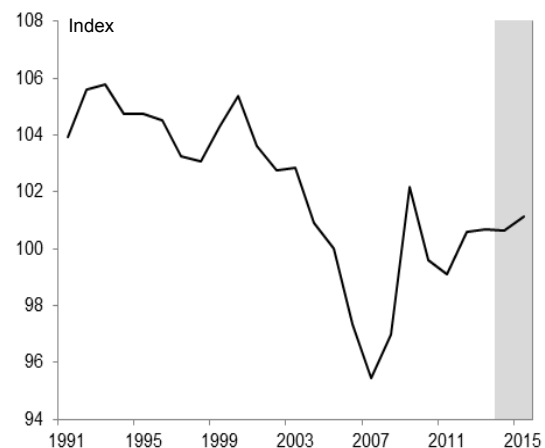
Für das kommende Jahr erwarten wir mit 2,9 Prozent einen etwas geringeren Zuwachs der Tarifverdienste. Während in einigen Bereichen, wie in der Metall- und Elektroindustrie sowie im öffentlichen Dienst der Länder, die Verträge für das kommende Jahr noch ausgehandelt werden müssen, reichen die Verträge in anderen Bereichen bis weit in das kommende Jahr hinein. So werden die Entgelte im öffentlichen Dienst von Bund und Gemeinden weniger stark steigen als noch in diesem Jahr. Entscheidend für den geringeren Zuwachs der Tarifverdienste ist allerdings die kräftige Ausgleichszahlung im Einzelhandel, die zwar zu Beginn dieses Jahres für eine starke Beschleunigung der Tarifverdienste gesorgt hatte, zu Beginn des nächsten Jahres jedoch dementsprechend zu einer starken Dämpfung führen wird.

Die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) haben im Vergleich zum vergangenen Jahr ebenfalls beschleunigt zugelegt; sie lagen im zweiten Quartal um 2,7 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Für das Jahr 2014 erwarten wir insgesamt einen Zuwachs von 2,9 Prozent. Im nächsten Jahr werden die Effektivverdienste maßgeblich von der Einführung des flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro brutto je Stunde beeinflusst. Wir erwarten, dass unter Berücksichtigung der beschlossenen Ausnahmeregelungen rund 11 Prozent aller Arbeitnehmer vom Mindestlohn betroffen sein werden und dass die erforderliche Lohnanhebung im Durchschnitt 30 Prozent beträgt. Für die durchschnittlichen Effektivverdienste in der Gesamtwirtschaft ergäbe sich ohne Beschäftigungseffekt ein zusätzlicher Anstieg um 0,9 Prozent.¹⁰ Da wir aber Beschäftigungseinbußen aufgrund des Mindestlohns erwarten, wird der zusätzliche Anstieg etwas höher ausfallen; Beschäftigte mit unterdurchschnittlichem Verdienst fallen durch ihren Arbeitsplatzverlust aus der Statistik, wodurch der Durchschnitt steigt. Alles in allem rechnen wir mit einem kräftigen Zuwachs der Effektivlöhne pro Kopf von 4,0 Prozent. Je Stunde steigen die Effektivlöhne weniger stark, da die Ar-

beitszeit konjunkturell bedingt und aufgrund eines ausgeprägten Arbeitstageffekts zulegen dürfte.

Aus Sicht der Unternehmen dürften die Lohnkostenzuwächse (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) 2,7 Prozent (2014) und 3,9 Prozent (2015) betragen. Die Lohnstückkosten dürften unter Berücksichtigung der Produktivitätsentwicklung mit 2,2 Prozent bzw. 2,8 Prozent daher recht kräftig anziehen. Da allerdings auch die Preise (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts) wohl weiter spürbar steigen werden, nehmen die realen Lohnstückkosten nur vergleichsweise moderat zu. Alles in allem bleibt das Verhältnis zwischen Lohnkosten und Produktivität im langjährigen Vergleich damit weiterhin recht günstig, auch wenn es sich in den vergangenen Jahren verschlechtert hat (Abbildung 26). Somit dürften von der Lohnkostenseite immer noch positive Impulse auf die Arbeitsnachfrage ausgehen.

Abbildung 26:
Reale Lohnstückkosten 1991–2015



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

¹⁰ Siehe Boysen-Hogrefe et al. (2014a: Kasten 1) für eine detaillierte Herleitung dieser Zahlen.

Beschäftigungsaufbau hält trotz Widrigkeiten an

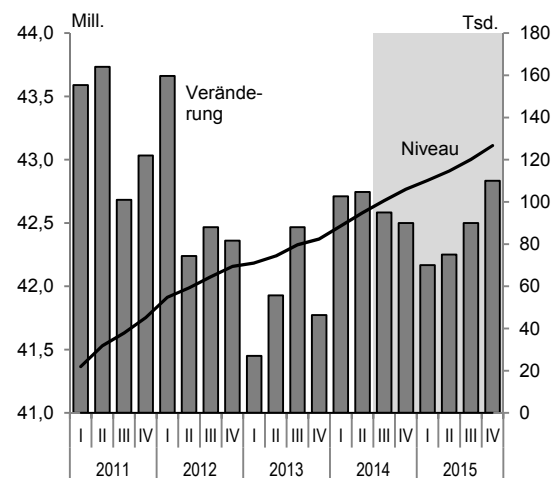
Der Beschäftigungsaufbau hat sich ungeachtet des jüngsten konjunkturellen Dämpfers fortgesetzt. Im zweiten Quartal stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung saisonbereinigt um 140 000 Personen gegenüber dem Vorquartal, insgesamt legte die Erwerbstätigkeit um 105 000 Personen zu.¹¹ Die prozentual stärksten Zuwächse fanden hierbei im Baugewerbe und im Grundstücks- und Wohnungswesen statt. Die Arbeitslosigkeit sank weiter, wenngleich der Rückgang mit 19 000 Personen deutlich geringer ausfiel; im August waren 2,9 Mill. Personen als arbeitslos registriert (Quote: 6,7 Prozent).

Die Frühindikatoren zeigen für die kommenden Monate keine große Veränderung in der Tendenz am Arbeitsmarkt an. Die Zahl der offenen Stellen nahm zuletzt auf hohem Niveau weiter zu, und das ifo Beschäftigungsbarometer ist ebenfalls gestiegen. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer – eine monatliche Befragung aller lokalen Arbeitsagenturen zu der von ihnen erwarteten Arbeitsmarktentwicklung in den nächsten drei Monaten – deutet darauf hin, dass die registrierte Arbeitslosigkeit konstant bleibt.

Im kommenden Jahr dürfte die Beschäftigung mit der konjunkturellen Belebung stärker zunehmen (Abbildung 27). Die Arbeitszeit wird dabei wohl ebenfalls ausgeweitet werden. Zum einen dürfte es zu einer konjunkturell bedingten Arbeitszeitausweitung durch Überstunden und

Arbeitszeitkonten kommen. Zum anderen stehen deutlich mehr Arbeitstage zur Verfügung als dieses Jahr. Das Arbeitsvolumen insgesamt dürfte somit erneut spürbar um 1,3 Prozent steigen, nach 1,4 Prozent in diesem Jahr. Für die Zahl der Erwerbstätigen rechnen wir mit knapp 43 Mill. Personen, nach 42,6 Mill. Personen in diesem Jahr (Tabelle 5).

Abbildung 27:
Erwerbstätige 2011–2015



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Ohne die Einführung des flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns würde die Erwerbstätigkeit stärker steigen. Die Voraussetzungen dafür, dass es aufgrund des Mindestlohns zu keinen Beschäftigungseinbußen kommt (hierzu zählt vor allem eine ausgeprägte Marktmacht der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitnehmern), liegen unseres Erachtens gerade im Niedriglohnssektor nicht in großem Umfang vor (Groll und Kooths 2013; Groll und Kooths 2014). Der negative Beschäftigungseffekt dürfte hierbei nicht gleich zu Jahresbeginn in voller Höhe eintreten, sondern sich von Quartal zu Quartal aufbauen. Für den Jahresdurchschnitt rechnen wir mit einem Beschäftigungsverlust von 70 000 Personen; mittelfristig gehen wir von

¹¹ In der Beschäftigungsstatistik kam es zu einer umfassenden Revision (Bundesagentur für Arbeit 2014b). Zum einen wurde die Abgrenzung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um einige Personengruppen erweitert. Die zahlenmäßig größte der neu hinzugekommenen Personengruppen ist dabei die der Beschäftigten in Werkstätten für Behinderte. Zum anderen wurde zur präziseren Erfassung der Art der Beschäftigung die Datenaufbereitung modernisiert. Hierdurch fällt die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten spürbar höher aus. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nun rückwirkend deutlich höher ausgewiesen; am aktuellen Rand beträgt die Differenz rund 400 000 Personen.

Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen

Tabelle 5:

Beschäftigung 2011–2015 (1 000 Personen)

	2011	2012	2013	2014	2015
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	57 911	57 763	57 608	58 419	59 198
Erwerbstätige (Inland)	41 570	42 033	42 281	42 623	42 964
Selbständige	4 546	4 543	4 457	4 426	4 428
Arbeitnehmer (Inland)	37 024	37 490	37 824	38 197	38 536
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28 712	29 355	29 722	30 223	30 692
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	5 013	4 981	5 018	4 995	4 944
Pendlersaldo	48	54	56	56	56
Erwerbstätige (Inländer)	41 523	41 979	42 225	42 567	42 909
Arbeitnehmer (Inländer)	36 977	37 436	37 768	38 141	38 481
Registrierte Arbeitslose	2 973	2 897	2 950	2 900	2 872
Arbeitslosenquote (Prozent)	7,0	6,8	6,9	6,7	6,6
Erwerbslosenquote (Prozent)	5,7	5,2	5,1	4,9	4,7

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

150 000 Personen aus.¹² Die größten Beschäftigungsverluste dürften bei den geringfügig Beschäftigten (sog. Minijobs) auftreten, da hier die Diskrepanz zwischen Mindestlohn und Marktlohn besonders groß ist. Regional dürften die Beschäftigungsverluste vor allem in Ostdeutschland auftreten, nach Branchen betrachtet vor allem bei den konsumnahen Dienstleistungen.

Inwiefern sich Veränderungen der Erwerbstätigkeit in Veränderungen der Arbeitslosigkeit niederschlagen, hängt von der Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials ab. Während die Alterung der heimischen Bevölkerung das Erwerbspersonenpotenzial reduziert, wird es durch

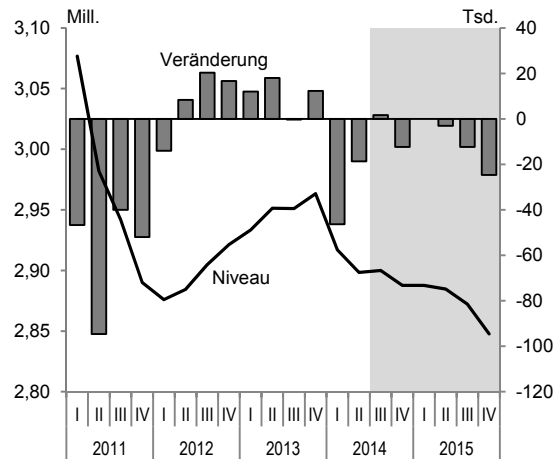
die steigende Erwerbsbeteiligung insbesondere von Älteren und Frauen und vor allem durch die starke Zuwanderung derzeit erhöht. Im vergangenen Jahr war der Wanderungssaldo mit 437 000 Personen so hoch wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. Wir rechnen damit, dass der Wanderungssaldo in diesem Jahr weiter zunimmt und im kommenden Jahr auf hohem Niveau verharren wird. Ein Grund hierfür ist, dass die Beschäftigungsaussichten auf dem deutschen Arbeitsmarkt im Vergleich zu den meisten anderen europäischen Arbeitsmärkten merklich günstiger bleiben dürften. Hinzu kommt, dass seit Beginn dieses Jahres auch für Staatsangehörige aus Bulgarien und Rumänien die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Deutschland gilt. In der Folge sind sowohl die Zuwanderung als auch die Beschäftigung dieser Personen sprunghaft gestiegen (Bundesagentur für Arbeit 2014a; IAB 2014).

Alles in allem rechnen wir für dieses und nächstes Jahr mit einem Wanderungssaldo von insgesamt 490 000 Personen. Im Ergebnis nimmt das Erwerbspersonenpotenzial weiter zu. Vor diesem Hintergrund dürfte die Zahl der Arbeitslosen im Prognosezeitraum nur geringfügig sinken (Abbildung 28). Für den Jahresdurchschnitt 2014 und 2015 rechnen wir mit 2,9 bzw.

¹² Die Quantifizierung von mindestlohnbedingten Beschäftigungseffekten ist grundsätzlich sehr schwierig; die Unsicherheit ist dementsprechend hoch. Zum einen ist unsicher, wie schnell und in welchem Ausmaß die betroffenen Unternehmen ihre Arbeitsnachfrage infolge der mindestlohnbedingten Lohnkostenerhöhung anpassen. Zum anderen könnten die Unternehmen zum Ausgleich bei anderen Komponenten der Personalkosten sparen, indem sie z.B. Zusatzleistungen reduzieren. Der hier beschriebene Beschäftigungseffekt wurde mithilfe eines empirischen Arbeitsmarktmodells für die Gesamtwirtschaft ermittelt. Diese Methodik – beschrieben in Boysen-Hogrefe et al. (2013b: Kasten 2) – dürfte den Effekt indes unterschätzen. Der ermittelte Effekt von 150 000 Personen liegt in der Tat eher am unteren Rand der in der empirischen Literatur ermittelten Bandbreite.

2,87 Mill. Arbeitslosen (Quote: 6,7 bzw. 6,6 Prozent).¹³

Abbildung 28:
Arbeitslose 2011–2015



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Haushaltsüberschuss trotz Konjunkturdelle

Im laufenden Jahr dürfte der Haushaltsüberschuss abermals leicht zulegen. Die günstige Arbeitsmarktlage führt insbesondere zu einer Beschleunigung der Beitragseinnahmen, die die Effekte zusätzlicher Belastungen, die durch die Finanzpolitik entstehen, mehr als kompensieren dürften. Die wieder einsetzende konjunkturelle Beschleunigung wird den Budgetsaldo im Jahr 2015 wohl weiter erhöhen.

¹³ Die Bezugsgröße zur Berechnung der Arbeitslosenquote wird von der Bundesagentur für Arbeit lediglich einmal pro Jahr (gewöhnlich im Mai) angepasst. Die jüngst vorgenommene Revision der Beschäftigtenzahlen hat daher bis einschließlich April 2015 keinerlei Auswirkungen auf die Arbeitslosenquote. Wie danach die Revision der Beschäftigtenzahlen in der Bezugsgröße berücksichtigt wird – ob z. B. die Bezugsgröße entgegen dem bisherigen Verfahren rückwirkend angepasst wird – ist derzeit noch unklar.

Die Steuereinnahmen legen in diesem Jahr etwa 2,8 Prozent etwas schwächer zu als noch im Jahr zuvor. Insbesondere der starke Rückgang der Körperschaftsteuereinnahmen dämpft das Gesamtergebnis, was nicht nur Ausdruck der aktuellen Konjunkturschwäche ist, sondern vor allem auch angesichts der hohen Zuwächse der vergangenen Jahre eine Art Normalisierung darstellt. Gestützt wird der Zuwachs der Steuereinnahmen hingegen von einer deutlichen Zunahme des Aufkommens der Umsatz- sowie der Lohn- und Einkommensteuer. Die Sozialbeiträge expandieren getrieben von der Dynamik der Brutto Lohnsumme deutlich. Die sonstigen Einnahmen werden mit gut 2 Prozent etwas stärker als im Jahr zuvor zulegen, was maßgeblich auf die deutliche Zunahme des Bundesbankgewinns zurückgeht. Insgesamt dürften die Einnahmen im Jahr 2014 um 3 Prozent auf 1 286 Mrd. Euro steigen (Tabelle 6). Im Vergleich zu unserer Prognose vom Sommer wird das Niveau der Einnahmen des Staates deutlich höher ausgewiesen, was auf die neue Abgrenzung des Staatssektors nach ESGV 2010 zurückzuführen ist. Nun werden merklich mehr Bereiche zum Staat gezählt als zuvor (Kasten 2).

Die Arbeitnehmerentgelte legen beschleunigt zu, da zum einen die Übertragung des Tarifvertrags der Länder auf die Beamten im Laufe des vergangenen Jahres verzögert stattfand und somit den Vorjahreszuwachs 2013 dämpfte und es in diesem Jahr zu einer Gehaltserhöhung für Bedienstete von Bund und Kommunen von über 3 Prozent kam. Die Ausgaben für soziale Sachleistungen dürften mit nahezu demselben Tempo wie im Jahr 2013 zulegen, in dem es durch den Wegfall der Praxisgebühr eine deutliche Beschleunigung der Ausgaben für Arztleistungen gab. Treiber sind vor allem die Ausgaben für Medikamente, deren Preise nach Wegfall der Herstellerrabatte kräftig anziehen, und die Ausgaben für stationäre medizinische Versorgung.

Die Bruttoinvestitionen legen im Jahr 2014 wohl spürbar stärker zu als im Jahr zuvor. Zum einen dürften die Baumaßnahmen für Ersatzinvestitionen nach dem Hochwasser im Frühsommer 2013 ihren Hochpunkt erreicht haben und zum anderen hat sich die Kassenlage der

Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen

Tabelle 6:

Einnahmen und Ausgaben des Staates 2012–2015 (Mrd. Euro)

	2012	2013	2014	2015
Einnahmen	1 217,4	1 248,6	1 286,3	1 333,7
Steuern	619,8	637,9	655,6	680,5
Sozialbeiträge	454,3	465,4	481,9	506,9
Sonstige Einnahmen	143,4	145,4	148,8	146,4
Ausgaben	1 213,7	1 241,4	1 276,2	1 320,4
Arbeitnehmerentgelt	212,7	217,6	224,1	230,8
Vorleistungen	126,5	131,5	134,4	138,5
Soziale Sachleistungen	215,8	226,9	238,4	249,6
Bruttoinvestitionen	61,0	61,3	65,1	66,9
Geleistete Vermögenseinkommen	62,8	55,5	51,2	49,5
Monetäre Sozialleistungen	429,7	439,9	453,6	471,8
Subventionen	24,4	24,7	25,4	25,7
Sonstige laufende Übertragungen	54,5	62,0	63,4	66,9
Vermögensübertragungen	27,7	23,2	21,9	21,9
Sonstige Ausgaben	–1,3	–1,3	–1,2	–1,2
Finanzierungssaldo	3,7	7,3	10,1	13,4
Einnahmen der Gebietskörperschaften	793,5	810,5	832,3	856,5
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	788,9	809,4	831,2	855,5
Transfers der Sozialversicherung	4,6	1,0	1,1	1,1
Ausgaben der Gebietskörperschaften	808,1	809,3	825,1	846,5
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	697,5	708,5	722,6	741,5
Transfers an die Sozialversicherung	110,6	100,8	102,6	105,0
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	–14,5	1,2	7,2	10,1
Einnahmen der Sozialversicherung	539,2	540,1	557,6	583,3
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	428,6	439,2	455,1	478,3
Ausgaben der Sozialversicherung	520,9	534,0	554,7	580,0
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	516,3	532,9	553,6	578,9
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	18,3	6,1	2,9	3,3

Abweichungen der Summen rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Kommunen, dem wesentlichen Träger der öffentlichen Investitionen, weiter aufgehellt. Die Zinsausgaben dürften erneut sinken, was auf das sehr niedrige Zinsniveau, aber auch auf den Rückgang der Verbindlichkeiten der Abwicklungsanstalten zurückgeht. Merklich zulegen dürften die monetären Sozialleistungen, da seit Mitte des Jahres die Regelungen zur „Mütterrente“ und zur „Rente mit 63“ sowie Neuregelungen zu Erwerbsminderungsrenten in Kraft sind. Insgesamt dürften die Ausgaben um 2,8 Prozent auf 1 276 Mrd. Euro zulegen.

Im Jahr 2015 dürften die Steuereinnahmen angesichts der wieder anziehenden Konjunktur stärker zulegen. Noch ausgeprägter wird wohl der Zuwachs bei den Sozialversicherungsbeiträgen ausfallen, die voraussichtlich von der Ein-

führung des Mindestlohns profitieren werden.¹⁴ Effekte durch den steigenden Beitragssatz zur Gesetzlichen Pflegeversicherung werden hingegen durch sinkende Beitragssätze in der Gesetzlichen Krankenversicherung gedämpft. Die Ausgaben des Staates dürften eine merklich gerin-

¹⁴ Auch die Einnahmen aus der Lohnsteuer werden voraussichtlich durch die Einführung des Mindestlohns steigen. Dabei ist aber zu bedenken, dass die Grenzsteuersätze der betroffenen Steuerpflichtigen gering sind (im Einzelfall kann es sogar zu sinkenden Steuerabführungen kommen, insbesondere wenn der Betroffene zuvor Mini-Jobber war und durch den Lohnanstieg über die 450 Euro-Grenze kommt). Die Effekte sind verglichen mit dem Zuwachs der Bruttolohn- und Gehaltssumme also gering. Zugleich dürften die Gewinneinkommen durch den Mindestlohn sinken, was wiederum die Steuereinnahmen mindert (Boysen-Hogrefe et al. 2013a: Kasten 1).

Kasten 2:

Zu den Veränderungen im Staatssektor durch die Generalrevision 2014

Mit der Implementierung des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) treten auch mehrere Änderungen in Kraft, die den Sektor Staat betreffen (Statistisches Bundesamt 2014). Markant ist die „Bilanzverlängerung“. So sind die Ausgaben wie auch die Einnahmen des Staates unter dem neuen Kontenrahmen höher als unter dem Kontenrahmen der ESVG 1995. An dieser Stelle sollen die wesentlichen Änderungen am Beispiel des Jahresergebnis 2013 für den Staatskonsum und das Staatskonto vergleichend dargestellt werden.

Der Staatskonsum für das Jahr 2013 wird nach der jüngsten Revision (ESVG 2010) knapp 10 Mrd. Euro höher ausgewiesen als noch im Mai 2013, als die Zahlen unter ESVG 1995 berichtet wurden (Tabelle K2-1). Allerdings erfolgt ein Teil der Revision wegen der Hinzunahme neuer Informationen und nicht wegen methodischer Änderungen. So fallen die sozialen Sachleistungen nach Auswertung von Daten der Gesetzlichen Krankenversicherungen merklich höher aus als zunächst geschätzt. Der deutliche Anstieg bei Arbeitnehmerentgelten und Abschreibungen hingegen ist Folge des Übergangs zu ESVG 2010. Mehrere Einheiten, die zuvor anderen Sektoren zugerechnet wurden, gelten nun als staatlich Entitäten im Sinne der VGR, z.B. Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen des Staates oder staatliche Holdinggesellschaften. Die Entgelte der Mitarbeiter dieser Einheiten fließen nun in die Bruttowertschöpfung des Staates ein. Das Bruttoinlandsprodukt wird dadurch eigentlich nicht tangiert, da hier nur ein Sektortausch vorgenommen wurde.^a Deutlich gestiegen sind auch die Abschreibungen, was aber nur zu einem geringeren Teil der definitorischen Ausdehnung des Staatssektors geschuldet ist, sondern vielmehr der Definition von Forschungs- und Entwicklungsleistungen wie auch militärischer Waffensysteme als Investitionen, auf deren Bestand entsprechend Abschreibungen anfallen (Brümmerhoff und Grömling 2014a). Diese erhöhen die Bruttowertschöpfung des Staates und das Bruttoinlandsprodukt.

Tabelle K2-1:

Revision des Staatskonsums 2013 (Mrd. Euro)

	Mai 2014 (ESVG 1995)	September 2014 (ESVG 2010)	Differenz
+ Arbeitnehmerentgelte	205,30	214,42	9,12
+ Abschreibungen	40,73	57,43	16,70
+ Sonstige Produktionsabgaben	0,05	0,05	0,00
– Sonstige Subventionen	0,17	0,32	0,15
= Bruttowertschöpfung	245,91	271,58	25,67
+ Vorleistungen	123,74	120,91	–2,83
= Produktionswert	369,65	392,49	22,84
+ Soziale Sachleistungen	224,33	226,87	2,54
– Verkäufe	61,80	64,38	2,58
– Eigenverwendung	0,81	13,78	12,97
= Konsumausgaben	531,37	541,21	9,84

Die Angaben Mai 2014 und September 2014 beziehen sich auf die jeweiligen Datenstände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen.

Gesunken sind hingegen die Vorleistungen, und zwar in dem Maße, wie sie nun als Investition gezählt werden. Dieser Effekt reduziert den Produktionswert und den Staatskonsum. Schließlich steigt die Eigenverwendung deutlich (ebenfalls zu Lasten des staatlichen Konsums), was den Forschungs- und Entwicklungsleistungen entspricht, die im Jahr 2013 erstellt wurden und nun als Investitionen des Staates zählen. Wie erwähnt werden aber die Abschreibungen auf diese Investitionsgüter in den folgenden Perioden den Staatskonsum erhöhen. Langfristig sollten sich bei konstantem öffentlichen Kapitalstock die Effekte auf Abschreibungen und Eigenverwendung ausgleichen, so dass wesentliche Folge der Revision der Anstieg der Investitionen ist. Der deutlich höhere Staatskonsum geht hingegen vor allem auf die definitorische Ausdehnung des Staatssektors zurück.

Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen

Die Ausweitung des Staatssektors lässt sich auch im Staatskonto nachverfolgen. Bei der Revision der Einnahmen fällt nämlich insbesondere der Anstieg der Verkäufe ins Auge, die die Eigenverwendung umfassen (Tabelle K2-2). Zudem sind die unterstellten Sozialbeiträge gestiegen, was mit den zusätzlichen Arbeitnehmern im Staatssektor zusammenhängt. Augenfällig ist zudem der Anstieg der Steuereinnahmen, der sich dadurch erklärt, dass die Abführungen an die EU, die aus der Mehrwertsteuer herrühren, nun nicht mehr die Einnahmen mindern, sondern als sonstige laufende Transfers firmieren. Dass hingegen diese Größe bei den Ausgaben deutlich nach unten revidiert wurde, hängt damit zusammen, dass der EU-Eigenmitteleffekt durch den Wegfall der Forschungsförderung (an nun zum Staat zählende Einrichtungen) überkompensiert wurde. Größere Änderungen auf Seiten der Ausgaben gab es ferner durch die bereits dargestellten Veränderungen bei Arbeitnehmerentgelten und bei Vorleistungen. Am deutlichsten ist aber der Anstieg der Bruttoinvestitionen, der, wie dargelegt, zum einen auf die Ausweitung des Staatssektors und zum anderen auf die Neudefinition von Investitionen zurückgeht.

Tabelle K2-2:

Revision des Staatskontos 2013 (Mrd. Euro)

	Mai 2014 (ESVG 1995)	September 2014 (ESVG 2010)	Differenz
Einnahmen	1 224,13	1 248,64	24,51
Verkäufe	80,36	95,79	15,43
Empfangene sonstige Subventionen	0,17	0,32	0,15
Empfangene Vermögenseinkommen	20,42	20,49	0,07
Empfangene Steuern	635,87	637,86	1,99
Nettosozialbeiträge	459,43	465,35	5,92
Sozialbeiträge	431,74	431,84	0,10
Unterstellte Sozialbeiträge	27,69	33,51	5,82
Sonstige laufende Transfers	17,41	18,45	1,04
Empfangene Vermögenstransfers	10,47	10,39	-0,08
Ausgaben	1 218,90	1 241,37	22,47
Vorleistungen	134,17	131,53	-2,64
Arbeitnehmerentgelt	208,20	217,59	9,38
Geleistete sonstige Produktionsabgaben	0,07	0,07	0,00
Geleistete Vermögenseinkommen	56,79	55,53	-1,27
Subventionen	25,33	24,71	-0,62
Monetäre Sozialleistungen	440,26	439,94	-0,32
Soziale Sachleistungen	224,33	226,87	2,54
Sonstige laufende Transfers	65,88	62,02	-3,86
Vermögenstransfers	22,27	23,18	0,91
Bruttoinvestitionen	43,00	61,35	18,35
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,40	-1,40	0,00
Finanzierungssaldo	5,23	7,27	2,04

Die Angaben Mai 2014 und September 2014 beziehen sich auf die jeweiligen Datenstände.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen.

^aGegebenenfalls kann es zu Veränderungen des Bruttoinlandsprodukts kommen, je nachdem wie die Bruttowertschöpfung in den Sektoren gemessen wird.

gere Dynamik entfalten. So werden die Bruttoinvestitionen nach dem starken Zuwachs im Vorjahr wohl deutlich langsamer zulegen und die Zinsausgaben angesichts des andauernden Niedrigzinsumfelds leicht sinken. Sowohl bei den sozialen Sachleistungen als auch bei den monetären Sozialleistungen ist hingegen mit deutlichen Anstiegen zu rechnen. Die Leistun-

gen in der Rentenversicherung („Mütterrente“ und „Rente mit 63“) als auch in der Pflegeversicherung werden diskretionär angehoben, und zudem ist mit einer spürbaren Rentenerhöhung zu rechnen. Angesichts der allgemeinen Lohnentwicklung und der guten Haushaltslage dürften auch die Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Dienst erneut merklich expandieren. Ins-

Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen

Tabelle 7:

Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates 2005–2015

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgaben	45,4	43,9	42,1	42,6	46,7	47,7 ^a	43,7	44,1	44,2	43,9	43,5
Einnahmen	42,2	42,3	42,3	42,6	43,7	42,3	42,9	44,3	44,4	44,3	43,9
Steuern	20,9	21,6	22,4	22,6	22,5	21,5	22,1	22,7	22,9	22,7	22,6
Sozialbeiträge	17,3	16,8	16,0	16,0	16,7	16,4	16,2	16,5	16,6	16,6	16,7
Sonstige Einnahmen	3,0	3,0	3,0	3,1	3,6	3,5	4,6	5,1	5,0	5,0	4,7
<i>Nachrichtlich:</i>											
EU-Mittel	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9	1,0	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1
Budgetsaldo	-3,2	-1,6	0,2	-0,1	-3,0	-4,0	-0,8	0,1	0,3	0,3	0,4

Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt; Steuern einschließlich der Erbschaftsteuer, EU-Mittel: der Europäischen Union zustehende Steuern. Abweichungen der Summen rundungsbedingt. —

^aDie Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen (4,4 Mrd. Euro) sind als negative Ausgaben berücksichtigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.4*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.5*; Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

gesamt werden die Ausgaben wohl auf 1 320 Mrd. Euro steigen.

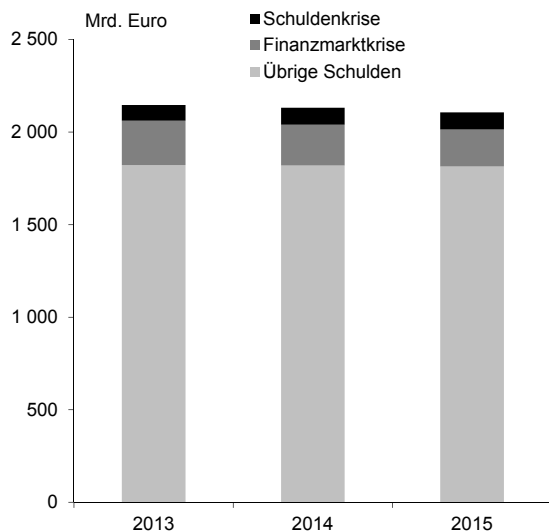
Der Budgetsaldo dürfte somit in beiden Jahren positiv sein. Wir rechnen mit einem Überschuss von 10 Mrd. Euro im Jahr 2014 und 13 Mrd. Euro im Jahr 2015. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt entspricht dies 0,3 bzw. 0,4 Prozent (Tabelle 7). Besonders stark profitieren die Gebietskörperschaften, während der Überschuss der Sozialversicherungen im Jahr 2014 spürbar sinkt und im Jahr 2015 trotz erheblicher Mehreinnahmen in etwa konstant bleibt. Dies geht zum einen auf die Leistungsausweitungen in der Rentenversicherung und zum anderen auf Eingriffe in die Finanzbeziehungen zwischen den Sozialversicherungen und dem Bund zurück. So ist der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung ebenso wie zum Gesundheitsfonds im Jahr 2014 um 2,25 Mrd. Euro reduziert. Im Jahr 2015 dürften sich die Zahlungen an den Gesundheitsfonds verglichen zum Vorjahr um 1 Mrd. Euro erhöhen, was allerdings 2,5 Mrd. Euro unter dem vorherigen Finanzplan liegt. Der Bundeszuschuss zur Rente soll verglichen mit bisher geltendem Recht nochmals um 1,25 Mrd. Euro gesenkt werden. Trotzdem wird die Nachhaltigkeitsrücklage in der Rentenversicherung Ende des Jahres wohl über dem Wert von 1,5 Monatsausgaben liegen. Vor dem Hintergrund dieser Prognose dürfte dies auch Ende 2015 der Fall sein, so dass eine Beitragsatzsenkung angelegt ist. Allerdings gehen wir davon aus, dass auf eine Beitragssenkung ange-

sichts der erheblichen Veränderungen in den Leistungen der Gesetzlichen Rentenversicherung wie auch schon zu Beginn dieses Jahres verzichtet wird.

Der Bruttoschuldenstand, der bereits im Jahr 2013 absolut wie relativ zum Bruttoinlandsprodukt gesunken sein dürfte, wird im Jahr 2014 wohl leicht beschleunigt zurückgeführt (Abbildung 29). Maßgeblich sind die gesamtstaatlichen Haushaltsüberschüsse und insbesondere der Rückgang der Verbindlichkeiten der Abwicklungsanstalten. Zugleich nehmen die Bruttoschulden, die aus den Rettungsmaßnahmen in der Euro-Schuldenkrise resultieren,¹⁵ nur noch geringfügig zu. Im Jahr 2015 dürfte sich der Schuldenabbau nochmals beschleunigen und ein Schuldenstand von rund 70 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erreicht werden. Dabei dürften die Bruttoschulden, die durch die Bankenrettung verursacht worden sind, abermals sinken und die, die aus der Euro-Schuldenkrise resultieren, stagnieren.

¹⁵ Die Einzahlungen zum ESM werden im Jahr 2014 abgeschlossen und ebenso die Rettungsprogramme, die über die EFSF abgewickelt werden. Maßnahmen des ESM werden nur dann schuldenstandswirksam, wenn dieser von den Mitgliedsländern rekaptalisiert werden muss.

Abbildung 29:
Bruttoschuldenstand 2013–2015



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankenrettung entstehen: FMS-Wertmanagement, SoFFin, EAA, IKB etc.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; BMF, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen und Prognosen.

Ausblick: Aufschwung setzt sich durch – Risiken bleiben

Die konjunkturelle Expansion in Deutschland hat sich im Sommerhalbjahr 2014 wider Erwarten nicht fortgesetzt. Bereits in den vergangenen Jahren war es immer wieder zu Rückschlägen gekommen, die den Aufschwung unterbrochen haben. Insbesondere die durch die Krise im Euroraum ausgelösten Schocks waren dafür verantwortlich. Dieses Mal ist es neben der unerwartet schwachen Konjunktur im übrigen Euroraum vor allem die politische Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine. In der Folge schwächten sich vor allem die Exporterwartungen ab, zudem halten sich inländische Unternehmen nun erneut mit Investitionen zurück.

Nachdem die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal leicht gesunken ist und aufgrund der schwächelnden Frühindikatoren

auch für das dritte Quartal eine Abnahme nicht auszuschließen ist, sprechen einige Beobachter bereits von einer möglichen Rezession in Deutschland. Dies halten wir in der derzeitigen Situation für abwegig. Zwar ist es weit verbreitet, den Begriff der Rezession „technisch“ zu definieren (Rückgang des Bruttoinlandsprodukts in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen); auch beruhen Modelle, mit denen Rezessionswahrscheinlichkeiten geschätzt werden, vielfach auf dieser Definition.¹⁶ Jedoch ist eine solche Setzung willkürlich.¹⁷ Vor allem wird dabei das konjunkturelle Gesamtbild außer Acht gelassen. So ist die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung keineswegs niedrig, sondern entspricht derzeit in etwa dem historischen Durchschnitt. Zudem ist der Arbeitsmarkt trotz der aktuellen Konjunkturschwäche robust, die Beschäftigung hat weiter deutlich zugenommen. Dies spricht dagegen, dass Deutschland sich im Sommerhalbjahr in einer Rezession befinden soll.

Das bedeutet freilich nicht, dass der Aufschwung, den wir nach wie vor erwarten, gesichert ist. Ein Abwärtsrisiko besteht darin, dass sich der politische Konflikt in der Ukraine ausweitete. Sollte es zu einer erheblichen Zuspitzung mit einer militärischen Konfrontation kommen, wäre die vorliegende Prognose nicht zu halten. Ein weiteres Risiko besteht nach wie vor in der Krise im Euroraum. Zwar zeigen sich an den Finanzmärkten – vor allem als Folge der weitreichenden Maßnahmen der EZB – seit einiger Zeit keine nennenswerten Verspannungen. Dies kann sich jedoch schnell ändern. So könnten negative Überraschungen bei den anstehenden Bankenstresstests zu Turbulenzen führen. Zu-

¹⁶ Tatsächlich gibt es gemäß solcher Modelle derzeit eine leicht erhöhte Wahrscheinlichkeit für eine technische Rezession in Deutschland, was vor dem Hintergrund der vorliegenden Zahlen für das zweite Quartal plausibel ist.

¹⁷ Demnach liegt eine Rezession vor, wenn die Raten für vier aufeinander folgende Quartale beispielsweise lauten: +0,7; –0,2; –0,1; +0,3. Dies könnte annähernd dem Verlauf in Deutschland in diesem Jahr entsprechen. Keine Rezession läge hingegen bei folgenden Raten vor: +0,2; –0,5; 0,0; 0,0. Diese Schlussfolgerung ist absurd, denn im ersten Beispiel ist die Produktion am Ende deutlich höher als im Ausgangsquantal (0,7 Prozent), während sie im zweiten Beispiel um 0,3 niedriger ist.

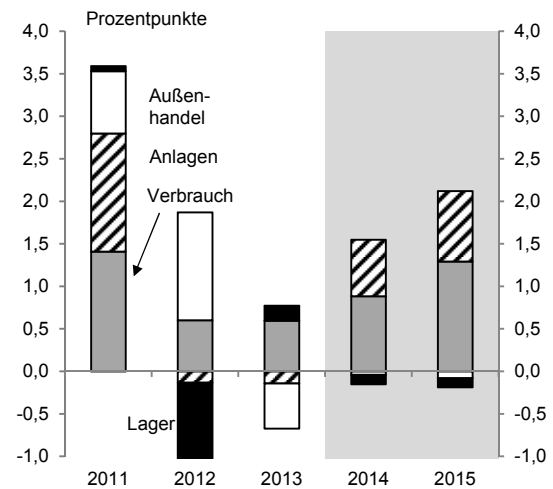
dem könnten Bestrebungen der Regierungen, die europäischen Fiskalregeln zu ignorieren und ihre Politik weniger auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auszurichten, zu neuem Misstrauen und damit zu höheren Risikoprämien führen. Bei der Prognose wählen wir den üblichen „pragmatischen“ Weg, indem wir diese Risikovarianten nicht als Basis verwenden.

Jedoch bestehen nicht nur Abwärtsrisiken. So kann der Produktionsanstieg durchaus höher ausfallen als von uns prognostiziert. Sollten die Belastungsfaktoren früher entfallen als unterstellt, würde sich die Zuversicht bei den Unternehmen wohl sehr rasch verbessern. Der durch die Rahmenbedingungen angelegte Aufschwung würde dann schneller zurückkehren.

Alles in allem bleiben wir trotz des aktuell bestehenden Gegenwinds für die Konjunktur bei dem Szenario, das einen sehr kräftigen Aufschwung beinhaltet, der maßgeblich getrieben wird durch die extrem niedrigen Zinsen. Auch das von uns mehrfach beschriebene Risiko einer konjunkturellen Übersteigerung in der mittleren Frist bleibt bestehen (vgl. Boysen-Hogrefe 2014b), auch wenn sich die damit einhergehende Beschleunigung der Inflation und die Übersteigerung an den Vermögensmärkten erst etwas später als bislang erwartet einstellen dürften.

Nach einer annähernden Stagnation im dritten Quartal dieses Jahres wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Schlussquartal demnach wieder anziehen (Tabelle 8). Stützend wirkt vor allem die inländische Verwendung. So bleiben die Wohnungsbauinvestitionen weitgehend unbeeindruckt von der Unsicherheit. Der robuste Arbeitsmarkt beflügelt die privaten Konsumausgaben. Daneben bleibt der Preisauftrieb vorerst gering, so dass die real verfügbaren Einkommen deutlich zunehmen dürften. Sie werden darüber hinaus gestützt durch die Zunahme der staatlichen Transfers. Relativ langsam werden sich vorerst die Ausrüstungsinvestitionen erholen. Der Außenhandel dürfte im Durchschnitt des laufenden Jahres rein rechnerisch neutral auf die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts wirken (Abbildung 30).

Abbildung 30:
Verwendungsseitige Expansionsbeiträge 2011–2015



Jahresdaten, preisbereinigt (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Für das Jahr 2014 insgesamt erwarten wir einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,4 Prozent (Tabelle 9). Die Zahl der Arbeitslosen wird im Durchschnitt des Jahres voraussichtlich 2,9 Mill. betragen und damit niedriger sein als im Vorjahr. Auch als Folge der konjunkturellen Verlangsamung wird der Preisauftrieb moderat bleiben. Im Durchschnitt dürfte die Inflationsrate mit 1,1 Prozent spürbar niedriger sein als im Vorjahr. Im Budget des Staates ergibt sich voraussichtlich erneut ein leichter Überschuss.

Bei der Prognose besteht eine Unsicherheit, die wir anhand von Konfidenzintervallen dargestellt haben. Für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2014 reicht die Spanne des 95-Prozent Konfidenzintervalls von 0,9 bis 1,9 Prozent (Abbildung 31).

Im Jahr 2015 wird sich das Tempo des Produktionsanstiegs allmählich verstärken. Dabei wird die inländische Verwendung besonders deutlich anziehen. Zur Beschleunigung werden voraussichtlich auch die Unternehmensinvestitionen beitragen, daneben verstärkt sich die Dynamik bei den Exporten etwas. Im Verlauf des Jahres dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 2,4 Prozent zunehmen, für den Jahresdurch-

Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen

Tabelle 8:

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2013–2015

	2013				2014				2015			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-1,6	3,2	1,2	1,8	2,7	-0,6	0,6	1,4	1,9	2,4	2,6	2,6
Private Konsumausgaben	0,9	2,6	2,7	-3,1	3,1	0,4	3,3	2,5	0,8	1,2	1,9	2,6
Konsumausgaben des Staates	0,0	-0,2	2,4	-0,4	1,6	0,5	1,6	1,6	1,7	1,4	1,8	1,5
Ausrüstungsinvestitionen	-14,0	9,5	-1,9	8,8	8,5	-1,6	3,2	6,4	8,8	9,9	10,0	10,8
Bauinvestitionen	-10,6	12,4	7,5	2,9	17,4	-15,8	0,1	2,7	0,6	4,3	4,5	3,8
Sonstige Anlagen	2,9	0,1	0,9	0,7	4,7	0,4	1,2	2,4	3,0	3,2	3,6	3,6
Vorratsveränderungen	0,6	-0,6	0,2	0,7	-1,0	1,7	-2,5	-0,7	0,7	0,4	0,1	-0,1
Inländische Verwendung	-0,9	2,8	2,9	-0,2	3,6	0,2	-0,1	1,8	2,3	2,7	2,9	3,1
Ausfuhr	2,8	5,8	2,7	6,9	0,1	3,8	6,0	4,5	4,9	6,1	7,0	7,4
Einfuhr	5,1	5,1	6,9	2,9	1,8	6,6	5,1	6,0	6,6	7,4	8,2	9,2
Außenbeitrag	-0,8	0,6	-1,5	2,0	-0,7	-0,9	0,7	-0,4	-0,3	-0,1	-0,1	-0,3
Erwerbstätige, Inland	42 184	42 239	42 327	42 374	42 476	42 581	42 676	42 766	42 836	42 911	43 001	43 111
Arbeitslose	2 933	2 951	2 951	2 963	2 917	2 898	2 900	2 888	2 888	2 885	2 872	2 848

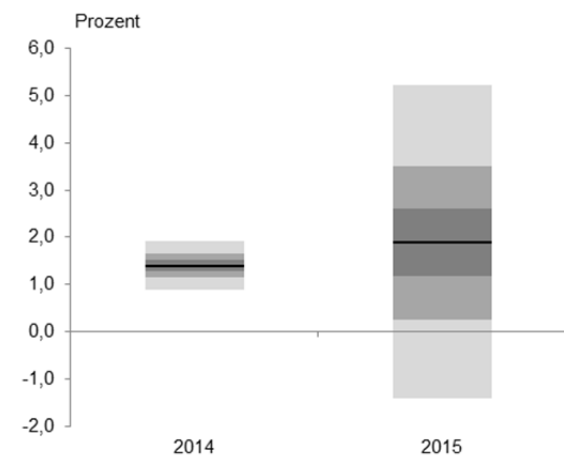
Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, Jahresrate; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

schnitt ergibt sich allerdings ein geringerer Zuwachs von 1,9 Prozent gegenüber dem Jahr 2014; arbeitstäglich bereinigt beträgt der Anstieg 1,7 Prozent. Diese Rate liegt deutlich über der Wachstumsrate des Produktionspotenzials, die wir auf knapp 1 ¼ Prozent schätzen. Mit der zunehmenden Kapazitätsauslastung wird sich der Inflationsdruck wieder verstärken. Die Verbraucherpreise dürften 2015 um 1,9 Prozent steigen. Am Arbeitsmarkt wird sich die Lage weiter verbessern, die Zahl der Arbeitslosen wird voraussichtlich leicht auf 2,87 Mill. sinken. Der öffentliche Haushalt wird einen Überschuss aufweisen, der mit 0,4 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ähnlich groß ausfallen wird wie im laufenden Jahr. Ein solcher Überschuss übersteigt zwar die Anforderungen der Schuldenbremse, ist aber durchaus geboten, weil die Staatsschuldenquote auch im kommenden Jahr immer noch deutlich über der im Maastrichter Vertrag genannten Obergrenze von 60 Prozent liegt.

Abbildung 31:

Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2014 und 2015



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im dritten Quartal der Jahre 1994–2013).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Deutschland: Aufschwung abermals unterbrochen

Tabelle 9:

Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2012–2015

	2013	2012	2013	2014	2015
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		0,4	0,1	1,4	1,9
Private Konsumausgaben		0,7	0,8	1,2	1,8
Konsumausgaben des Staates		1,2	0,7	1,0	1,6
Anlageinvestitionen		−0,7	−0,7	3,4	4,1
Ausrüstungsinvestitionen		−2,9	−2,7	4,6	8,4
Bauinvestitionen		0,6	−0,1	3,2	2,0
Sonstige Anlagen		0,1	1,3	1,8	2,6
Vorratsveränderung		−1,4	0,2	−0,1	−0,1
Inländische Verwendung		−0,9	0,7	1,5	2,1
Ausfuhr		2,8	1,6	3,8	6,1
Einfuhr		0,0	3,1	4,5	7,2
Außenbeitrag		1,3	−0,5	0,0	−0,1
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 809,5	1,9	2,2	3,4	4,1
Private Konsumausgaben	1 571,5	2,2	2,1	2,3	3,6
Konsumausgaben des Staates	541,2	3,1	3,8	4,0	4,2
Anlageinvestitionen	554,0	1,3	0,7	4,6	5,9
Ausrüstungsinvestitionen	176,1	−2,1	−2,5	4,9	8,9
Bauinvestitionen	279,2	3,4	1,9	4,7	4,4
Sonstige Anlagen	98,8	2,1	3,3	3,9	4,8
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		−22,7	−20,5	−24,5	−28,0
Inländische Verwendung	2 646,2	0,8	2,2	3,0	4,1
Ausfuhr	1 280,1	4,4	1,4	3,6	6,6
Einfuhr	1 116,9	2,1	1,4	2,8	7,1
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		161,7	163,3	178,0	184,4
Bruttonationaleinkommen	2 881,9	1,9	2,1	3,2	4,1
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,5	2,1	1,9	2,1
Private Konsumausgaben		1,5	1,2	1,1	1,8
Konsumausgaben des Staates		1,8	3,1	2,9	2,6
Ausrüstungsinvestitionen		0,8	0,2	0,4	0,5
Bauinvestitionen		2,8	2,0	1,5	2,3
Sonstige Anlagen		2,0	2,0	2,1	2,1
Ausfuhr		1,6	−0,2	−0,2	0,5
Einfuhr		2,1	−1,6	−1,6	−0,1
Nachrichtlich: Verbraucherpreise		2,0	1,5	1,1	1,9
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2 099,9	1,4	2,2	3,5	4,6
Arbeitnehmerentgelt	1 428,3	3,8	2,8	3,7	4,8
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		67,6	68,0	68,2	68,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	671,6	−3,3	0,9	3,0	4,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 681,8	2,0	1,8	2,7	3,5
Sparquote (Prozent)		9,4	9,1	9,4	9,2
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1 165,5	4,0	3,0	4,0	4,9
Effektivlohn, Stundenbasis		4,0	2,8	2,1	3,3
Lohnstückkosten, Stundenbasis		3,1	2,2	1,9	2,6
Produktivität, Stundenbasis		0,6	0,4	0,0	0,6
Arbeitslose (1 000)		2 897	2 950	2 900	2 872
Arbeitslosenquote (Prozent)		6,8	6,9	6,7	6,6
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		42 033	42 281	42 624	42 964
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		3,7	7,3	10,1	13,4
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		0,1	0,3	0,3	0,4
Öffentliche Schulden (Prozent)		78,6	76,4	73,3	69,8

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Literatur

- Boss, A. (2014). Die „Rentenreform“ – ein Schritt in die falsche Richtung. *ifo Schnelldienst* 67 (5): 10–14.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, B. van Roye und J. Scheide (2013a). Deutschland: Konjunktur nimmt allmählich Fahrt auf. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Deutsche Konjunktur im Herbst 2013. Kieler Diskussionsbeiträge 528/529. IfW, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, S. Kooths, B. van Roye und J. Scheide (2013b). Deutschland: Konjunktur kommt allmählich in Schwung. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2013. Kieler Diskussionsbeiträge 530/531. IfW, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, M. Kappler, S. Kooths und J. Scheide (2014a). Mittelfristprojektion für Deutschland: Wirtschaftspolitik schwächt Produktionspotenzial. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2014. Kieler Diskussionsbeiträge 536/537. IfW, Kiel.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, M. Plödt, T. Schwarzmüller, B. van Roye und J. Scheide (2014b). Finanz- und Wirtschaftspolitik bei einer anhaltenden monetären Expansion. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 5. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Brümmerhoff, D., und M. Grömling (2014a). VGR-Revision 2014 – Was bedeuten die höheren Investitionen für die ökonomische Analyse. Thuenen-Series of Applied Economic Theory 133. Universität Rostock.
- Brümmerhoff, D., und M. Grömling (2014b). Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014. *Wirtschaftsdienst* 94 (4): 281–287.
- Bundesagentur für Arbeit (2014a). Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Hintergrundinformationen, Berichtsmonat Mai 2014. Nürnberg, Juli.
- Bundesagentur für Arbeit (2014b). Beschäftigungsstatistik Revision 2014. Methodenbericht der Statistik der BA. Nürnberg, August.
- Dovern, J., und B. van Roye (2014). International Transmission and Business-Cycle Effects of Financial Stress. *Journal of Financial Stability* 13 (August): 1–17.
- Gern, K.-J., N. Jannsen, M. Plödt und J. Scheide (2014a). Weltwirtschaftliche Expansion ohne Schwung. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur im Herbst 2014. Kieler Diskussionsbeiträge 543/544. IfW, Kiel.
- Gern, K.-J., D. Groll, J. Scheide, T. Schwarzmüller und M. Wolters (2014b). Euroraum: Dämpfer für die Konjunktur. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur im Herbst 2014. Kieler Diskussionsbeiträge 543/544. IfW, Kiel.
- Groll, D., und S. Kooths (2013). Vor der Bundestagswahl: Argumente für Mindestlöhne überzeugen nicht. *Wirtschaftsdienst* 93 (8): 545–551.
- Groll, D., und S. Kooths (2014). Mindestlohn: Marktmacht, Preisüberwälzung und Aufstocken – eine Erwiderung. *Wirtschaftsdienst* 94 (1): 45–49.
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) (2014). Zuwanderungsmonitor Bulgarien und Rumänien. Aktuelle Berichte. Nürnberg, August.
- Jannsen, N., und S. Kooths (2012). German Trade Performance in Times of Slumping Euro Area Markets. *Intereconomics* 47 (6): 368–372.
- Jannsen, N., und J. Richter (2014). Kapazitätsauslastung im Ausland als Indikator für die deutschen Investitionsgüterexporte. *Wirtschaftsdienst* 92 (12): 833–837.
- Statistisches Bundesamt (2014). *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Konzeptionelle Unterschiede zwischen ESVG 2010 und ESVG 1995*. Wiesbaden.
- van Roye, B. (2014). Financial Stress and Economic Activity in Germany. *Empirica*. DOI: 10.1007/s10663-013-9224-0, Springer, US.

- 530./531. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2013
Kiel, Dezember 2013. 63 S. 18 Euro.
- 532./533. Lettland: Fit für den Euro?
Klaus Schrader und Claus-Friedrich Laaser
Kiel, März 2014. 34 S. 18 Euro.
- 534./535. Weltkonjunktur im Frühjahr 2014
Kiel, April 2014. 46 S. 18 Euro.
- 536./537. Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2014
Kiel, April 2014. 45 S. 18 Euro.
538. Konjunkturbereinigung der Länder: Eine Quasi-Echtzeitanalyse
am Beispiel Schleswig-Holsteins
Jens Boysen-Hogrefe
Kiel, Juni 2014. 16 S. 9 Euro.
- 539./540. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2014
Kiel, Juni 2014. 35 S. 18 Euro.
- 541./542. Makroprudenzielle Finanzmarktpolitik: Nationale Handlungsoptionen
im Euroraum
*Stefan Kooths, Martin Plödt, Björn van Roye und
Joachim Scheide*
Kiel, August 2014. 53 S. 18 Euro.
- 543./544. Weltkonjunktur im Herbst 2014
Kiel, Oktober 2014. 46 S. 18 Euro.
- 545./546. Deutsche Konjunktur im Herbst 2014
Kiel, Oktober 2014. 35 S. 18 Euro.